

# SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 69

24. APRIL 1990

DM 1,-/1 Mark der DDR

## Vorstoß zum Vierten Reich bedroht alle Werktätigen Gegen kapitalistische „nationale Einheit“, für Einheit der Arbeiterklasse im Kampf!

### Verteidigt eingewanderte Arbeiter!

Vor hundert Jahren ist der 1. Mai entstanden als Kampftag der Arbeiterklasse; es ist Zeit, daß er wieder zu einem Tag des Kampfes wird. Die Arbeiterklasse in Deutschland befindet sich heute in einer ernsten Lage. Die sozialen Errungenschaften der DDR, die aus den Ruinen von Hitlers Drittem Reich aufgebaut worden ist, werden mit atemberaubender Geschwindigkeit zerschlagen, während die Kapitalisten sich daran machen, einen Betrieb nach dem anderen aufzukaufen. Die ersten, die von der Wucht des Angriffs getroffen werden, sind Ausländer, Frauen und junge Arbeiter.

Die Notwendigkeit des gemeinsamen Klassenkampfes in West- und Ostdeutschland stellt sich jetzt besonders drastisch durch die Pläne, ein Viertes Reich aufzurichten, was für Millionen von DDR-Bürgern schreckliches Elend bedeuten wird, wie auch Angriffe auf die Arbeiterklasse in Westdeutschland, denn die Bosse werden versuchen, die Löhne und den Lebensstandard zu drücken mit der Drohung, die Produktion auf niedriger bezahlte Arbeiter in der DDR umzuschichten. Gegen die „nationale Einheit“ für die Bosse brauchen wir die internationalistische Einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Bosse.

Die Führung des FDGB behauptet, daß die kapitalistische Wiedervereinigung „schmerzlos“ sein könnte, daß irgendwie die sozialen Errungenschaften der Arbeiter in der DDR gesetzlich festgeschrieben werden können. Aber die bestehenden Gesetze werden jetzt schon gebrochen, junge Mütter im Mütterjahr, Behinderte und Arbeiter, die ihren Dienst bei der NVA ableisten, werden von ihren Betrieben entlassen. Der DGB redet in seinem Aufruf zum 1. Mai von „Solidarität“ und fordert „starke und unabhängige Gewerkschaften“, aber sein wirkliches Thema für den 1. Mai ist ein vereinigt Deutschland. Die FDGB-Spitzen wiederholen das gleiche Lied und beschwerten sich nur darüber, daß sie übergangen werden. Der stellvertretende Vorsitzende des DGB Gustav Fehrenbach lehnt jede Diskussion über gemeinsame Aktionen mit dem FDGB ab und beschimpft ihn als „Büttel“ der früheren SED. Die SPD und die von der SPD dominierte DGB-Bürokratie sind die offenen Handlanger des Feldzugs für kapitalistische Wiedervereinigung. Inzwischen bieten PDS und FDGB, nachdem sie sich dem Anschluß als „unvermeidlich“ unterworfen haben, den Werktätigen der DDR nur noch eine *schwache* Opposition für die Schwachen an, eine „langsame D-Mark“ anstelle einer „schnellen D-Mark“.

Das Ergebnis der Volkskammerwahlen war eine schwere Niederlage, aber damit wurde nicht alles entschieden. Die Massen, die am 5. April zu den Demonstrationen gegen 2:1

auf die Straße kamen, zeigen, daß die Menschen nach dem vergiftenden Wiedervereinigungsrausch anfangen, wieder nüchtern zu werden. Aber selbst eine Währungsunion 1:1 wird massive Lohnkürzungen für die Arbeiter in der DDR bedeuten, ganz zu schweigen von den Massenentlassungen, die schon angefangen haben.

Junge Frauen, die ihre Ausbildung in der Industrie beenden, bekommen Arbeit als Kellnerin oder Putzfrau angeboten – wenn sie überhaupt einen Arbeitsplatz angeboten bekommen. Und zehntausende Frauen, die nicht direkt entlassen werden, werden durch die Schließung der Kindergärten und -krippen aus der Arbeit hinausgedrängt werden. Westdeutsche Ökonomen reden bereits von Arbeitslosenraten in der Größenordnung von 25 Prozent – das ist jeder vierte Arbeiter! Ganze Betriebszweige und Fabriken werden in den nächsten Monaten zumachen, wenn die Kombinate reihenweise aufgekauft oder in Joint ventures umgewandelt werden. *Jetzt ist die Zeit zum Kämpfen, solange wir noch in den Fabriken sind, und nicht auf der Straße liegen!*

Großdeutscher Nationalismus wird von den Kapitalisten und ihren Handlangern dazu benutzt, um einen Teil der Arbeiterklasse gegen einen anderen auszuspielen. Polnische Arbeiter werden als „Spekulanten“ beschimpft, wegen der wirtschaftlichen Sabotage, die von den Kapitalisten und den exstalinistischen Bürokraten verursacht wird. In einigen Fabriken kann man jetzt hören, „bevor ein Deutscher geht, fliegt ein Vietnamese“. Dies ist die rassistische Logik von „Wir sind ein Volk“, was man jetzt von Kohl bis Gysi hören kann. Mittlerweile werden die Faschisten/Skinhead-Vorreiter der kapitalistischen Wiedervereinigung immer dreister. Am 20. April, eine Woche, nachdem Skinhead-Banden mehrere Jugendklubs in Berlin terrorisiert haben, wüteten hunderte von Skinheads/Nazis über den Alexanderplatz, zertrümmerten ein Cafe, das häufig von Homosexuellen besucht wird, und versuchten, ein Antifa-Zentrum und einen nahegelegenen jüdischen Friedhof zu stürmen, um Hitlers Geburtstag zu „feiern“. Dutzende von Menschen wurden durch diese mörderischen Rassisten verletzt, einige davon schwer.

Die eingewanderten Arbeiter in der BRD – ein zentraler Bestandteil des industriellen Proletariats – sehen sich rassistischem Terror und der Drohung der Ausweisung gegenüber, um Arbeitsplätze für „Deutsche“ zu schaffen. Besonders angesichts des neuen rassistischen Ausländergesetzes leben türkische Arbeiter mit der Furcht, daß sie in großer Zahl aus dem Land geworfen werden. Mitte April wurde einer Gruppe von 61 deutschstämmigen Einwanderern aus Polen, die in Hamburg leben, die Ausweisung angedroht. Und die Arbeiter in der BRD werden gegen ihre Kollegen in der DDR angestachelt, daß ihr Lebens-

*Fortgesetzt auf Seite 3*

## An unsere Leser

Nach 30 Ausgaben wird *Spartakist Arbeiterpressekorrespondenz* bis auf weiteres nicht mehr als eigenständige Publikation erscheinen, sondern wird in den *Spartakist*, das regelmäßige Organ der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, eingefügt. Wir rufen die Leser der *Arprekorr* auf, den *Spartakist* zu lesen und zu abonnieren, der in der kommenden Periode als zweiwöchentliche Zeitung im gleichen Format wie *Arprekorr* erscheinen wird.

Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten), deren deutsche Sektion die SpAD ist, hat alle ihre Mittel eingesetzt, um in die sich entfaltende politische Revolution in der DDR, die letzten November begonnen hat, zu intervenieren. *Arprekorr*, die am Anfang täglich erschien, sollte die Stimme der Spartakist-Gruppen sein. Sie sprach die vielen Zehntausende von Arbeitern und linken Intellektuellen an, die offen waren für die Politik des authentischen egalitären Leninismus, die Politik des Trotzismus. Aktive Unterstützer, die für die Spartakist-Gruppen gewonnen worden waren, schlossen sich mit der Trotzistischen Liga Deutschlands am 21. Januar in einer Fusionskonferenz zusammen, um die SpAD zu gründen.

Bei der Volkskammerwahl und während der letzten Monate war die SpAD die einzige Partei, die klar und offen gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Stellung bezogen hat. Die SPD betrieb offen ihre Wahlkampagne für die kapitalistische Wiedervereinigung, von der PDS kam das groteske „Deutschland, einig Vaterland“, und die Gruppen im Schatten der PDS wie die Vereinigte Linke haben nur versucht, einen höheren Preis („1:1 plus“) für den Ausverkauf an die Frankfurter Bankiers zu bekommen. Als Belohnung für diese Kapitulation vor der CDU wurden sie haushoch von der CDU überrundet. Im Gegensatz dazu repräsentieren die mehr als 2400 Stimmen für die SpAD

in den vier Wahlbezirken, in denen wir Kandidaten aufgestellt hatten – was proportional fast 7600 gewesen wären, wenn wir die Möglichkeit gehabt hätten, in jedem Wahlbezirk zu kandidieren – eine harte Stimme für das trotzkistische Programm der Verteidigung der sozialen Errungenschaften der DDR. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, einen Teil dieser Menschen in den kommenden Monaten für unsere Partei zu gewinnen.

Besonders im Anschluß an die Volkskammerwahlen, die einen Sieg für ein Viertes Reich darstellten, haben sich die Aufgaben für uns als kleine Propagandagruppe verändert, und in diesem Zusammenhang auch unsere Pressepolitik. Wir werden im *Spartakist*, so wie wir dies auch in *Arprekorr* getan haben, Briefe und Berichte unserer Leser veröffentlichen, und wir fordern die Arbeiter im Osten wie im Westen auf, uns auch weiter zu schreiben. Aber wir werden jetzt besser Gelegenheit haben, längere analytische und historische Artikel, Polemiken und Auszüge aus den Werken von Lenin, Trotzki und anderen Führern der marxistischen Bewegung zu bringen und eine umfassendere Berichterstattung über internationale Ereignisse, besonders aus der Presse anderer Sektionen der IKL.

Die Wahl am 18. März war eine schwere Niederlage – aber die Arbeiterklasse muß erst die Arena in ihrem eigenen Interesse betreten. Während die Kapitalisten versuchen, die Fabriken zu übernehmen und sich selbst zu den Herren der DDR aufzuschwingen, müssen wir in der Lage sein, zu intervenieren, um einen Weg vorwärts zum Sieg zu zeigen bei den defensiven Kämpfen, die unvermeidlich ausbrechen werden, und dadurch eine trotzkistische Massenpartei zu schmieden, die für diesen Sieg notwendig ist. Dies ist die Aufgabe, der sich der *Spartakist* stellt.

### Spartakist-Veranstaltung zum 1. Mai

Sonnabend, 28. April, 14.00 Uhr

Gegen kapitalistische „nationale Einheit“  
für Einheit der Arbeiterklasse im Kampf!

Verteidigt eingewanderte Arbeiter!

Klub 2000, Helene-Weigel-Platz  
Berlin-Marzahn, S-Bahnhof Springpfuhl

### Abonniert *Spartakist*, Zeitung der SpAD!

Volles Abo (8 Ausgaben):

DM 10,—

10 Mark der DDR

Alle Abos enthalten

*Spartacist*

(deutsche Ausgabe)

### Bestellt bei:

Postfach 21 07 50  
1000 Berlin 21

Postgiro Ffm 119 88-601

Postfach 2002  
Berlin 1026

Sparkasse der  
Stadt Berlin, DDR  
Konto-Nr. 6652-44-314496



## SPARTAKIST



herausgegeben von der  
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS  
Internationale Kommunistische Liga  
(Vierte Internationalisten)

Die SpAD wurde gegründet von der  
Trotzkistischen Liga Deutschlands und Mitgliedern  
der Spartakist-Gruppen am 21. Januar 1990

REDAKTION: Marianne Clemens (herausgebende Redakteurin),  
Toralf Endruweit, Doris Kohn, Len Markow, Bert Matthes,  
Jan Norden, Federico Parodi, Mark Richard, Max Schütz  
(verantwortlicher Redakteur), Uli Voss, Fred Zierenberg

PRODUKTION: B. Matthes

VERTRIEB: J. Pfeiffer

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH: C. Rosen,  
2000 Hamburg 74

Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 11 02 31,  
2000 Hamburg 11

Tel.: Redaktion (0 30) 4 91 45 48  
(0 40) 33 01 54

Abonnement: DM 10,— / 10 Mark der DDR  
(8 Ausgaben) Ausland Seepost DM 15,—  
Luftpost DM 30,—

Postfach 21 07 50, 1000 Berlin 21

Postfach 2002, Berlin 1026, DDR

Postgirokonto Frankfurt/Main 119 88-601

Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten  
der Auffassung der Redaktion.

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.  
Registriernummer 1731 des Presse- und Informationsdienstes  
der DDR  
ISSN 0173-7430

## Bericht aus VEB Stern-Radio Berlin

# Keine Entlassungen!

# Verteidigt unsere ausländischen Kollegen!

*Nachfolgender Bericht aus dem von teilweiser Schließung und Massenentlassungen bedrohten VEB Stern-Radio wurde uns zur Veröffentlichung in Spartakist übergeben.*

Werden am 30. Juni 1990 im VEB Stern-Radio die Lichter ausgeschaltet? Diese Frage beschäftigte viele. Am 10. April wurden vom Gesellschaftlichen Rat im Betrieb Zettel angebracht mit folgendem Wortlaut:

„Der VEB Stern-Radio Berlin befindet sich in einer tiefen Krise, seine Erzeugnisse sind nicht mehr zu vermarkten, sein Produktionsprofil (über zehn verschiedene Grundtechnologien, viele produktionsverarbeitende Servicebereiche) ist relativ starr an ein Erzeugnisprofil gebunden, seine finanzielle Lage ist dramatisch. Wir fordern die Betriebsleitung auf, vor der Belegschaft Rechenschaft abzulegen, über die eingeleiteten Maßnahmen, also über die Zukunft des Betriebes.“

Trotz der kurzfristigen Bekanntgabe der Belegschaftsversammlung – wodurch viele, vor allem Kollegen mit Familien, nicht teilnehmen konnten – war die Versammlung sehr gut besucht. Wohl ein Zeichen dafür, daß die Kollegen nun endlich erfahren wollten, was an den vielen im Umlauf befindlichen Gerüchten wahr ist und wie es weitergehen soll mit SRB. Auf viele direkte Fragen der Arbeiter gab es immer noch keine Antworten.

Viele Kollegen hat man in anderen Betrieben untergebracht, weil in einigen Abteilungen keine ausreichende Arbeit vorhanden ist. Wie sicher sind aber ihre Arbeitsplätze dort? Was wird mit den Kollegen oder Abteilungen, bei denen feststeht, daß sie schließen müssen? 1500 Arbeitern droht die Entlassung, und man rechnet sogar mit mehr. Die Lehrlinge würden aus ihrer Ausbildung gerissen werden, behinderte Menschen, ohnehin schon schwierigsten Bedingungen ausgesetzt, würden als erste auf die Straße und damit ins Elend gestoßen werden. Die Betriebsleitung erklärte, daß sie private Unternehmen finanziell und mit Räumlichkeiten unterstützen wird. Soll das etwa ein Ausweg sein, um diesen vielen von Entlassung bedrohten Arbeitern einen Arbeitsplatz in der Marktwirtschaft zu garantieren? Wohl kaum!

Als in der Belegschaftsversammlung einer die Frage stellt, was mit den vielen ausländischen Kollegen wird,

kommt Unruhe in den Saal. Jemand stellt die Frage, warum man die Verträge einiger polnischer Kollegen verlängert hat? Es sei doch nicht erst seit heute bekannt, was im Betrieb los ist. Und weitere böse Stimmen kamen auf: Was wird mit den vielen vietnamesischen Kollegen? Die würden wohl bleiben und wir seien auf der Straße.

Bis eine Arbeiterin empört dazwischenfuhr: Man darf nicht die ausländischen Kollegen als angeblichen Grund für die Arbeitslosigkeit bekämpfen, sondern wir müssen uns mit diesen Kollegen zusammenschließen, um gemeinsam gegen die kapitalistische Einvernehmung der Betriebe zu kämpfen, denn Kapitalismus bedeutet Arbeitslosigkeit. Massenarbeitslosigkeit, wie es sie in Polen seit der Einführung der „freien Marktwirtschaft“ bereits gibt.

Die entschlossene Verteidigung der ausländischen Werktätigen gegen nationalistische Angriffe ist dringend notwendig, um zu verhindern, daß die Arbeiter gespalten und zum Nutzen der Kapitalisten gegeneinander ausgespielt werden. Die meisten ausländischen Kollegen sind seit Jahren bei VEB Stern-Radio, die über 140 vietnamesischen Kollegen arbeiten hauptsächlich im Laufwerk. Obwohl dort die Normen sehr hoch sind, erreichen sie gemeinsam mit den deutschen Kollegen im Schnitt eine tägliche Normerfüllung von 112 Prozent. Dabei sind ihre Wohnbedingungen unerträglich. Vier Frauen müssen sich ein Zimmer teilen, das sind pro Kopf 5 m<sup>2</sup>. Alle fünf Jahre haben sie einmal Urlaub, um nach Hause fahren zu können. Kürzlich wurden die Zollbestimmungen verschärft, die Kosten für Schiffsfracht haben sich seit März verdoppelt. Viele Pakete, die von den vietnamesischen Arbeitern nach Hause geschickt werden, kommen zurück. Mit dem immer stärkeren Nationalismus werden sie jetzt noch zusätzlich angegriffen und mit Ausweisung bedroht. Inzwischen gehen Gerüchte um, daß die Verträge aufgelöst wurden und sie bis Ende Juni nach Hause geschickt werden sollen. Das darf nicht passieren! Sie haben ihr Geld genauso durch schwere Arbeit verdient. Und deshalb müssen die ausländischen Werktätigen auch genau die gleichen Rechte haben wie jeder andere. Was nicht heißen darf, daß alle Werktätigen gleichermaßen entlassen werden, sondern daß wir gemeinsam gegen jeden Angriff und für jeden Arbeitsplatz kämpfen müssen!

## Einheit der Arbeiterklasse ...

*Fortsetzung von Seite 1*

standard bedroht würde.

Klassenkampf kann das Steuer herumreißen. Der IG Metall steht eine potentiell explosive Konfrontation mit den Kapitalisten bevor, die nach mehr „Flexibilität“ der Arbeitszeit schreien – bis zu 40 Stunden in der Woche, bis zu zehn Stunden pro Tag, einschließlich Wochenendarbeit. Mit der Begründung von neuen Investitionen im Osten sagen die Kapitalisten Nein zur 35-Stunden-Woche, auf ihrem Weg, die Herren Europas zu werden.

Ein ordentlicher Streik der westdeutschen Arbeiter wäre ein machtvoller Kampf zur Verteidigung der Arbeitsplätze – im Osten wie im Westen. Ein Streik bei Opel Rüsselsheim beispielsweise würde sofort Auswirkungen auf die Arbeiter in Zwickau haben, die wegen der Übernahme durch Opel von Massenentlassungen bedroht sind. Im Fall

eines westdeutschen Metallarbeiterstreiks müßten die Arbeiter der DDR Solidaritätsdelegationen schicken und sich weigern, Streikbrecherarbeit zu übernehmen.

Aber dies ist genau das, was die DGB-Bürokraten vermeiden wollen, indem sie versuchen, einen weiteren verrotteten Kompromiß mit den Bossen auszuhandeln und ihre traditionelle Politik von Streiks in vereinzelter Fabriken und Regionen fortzusetzen. Das bereitet nicht nur Aussperrungen durch die Kapitalisten den Weg, sondern leistet auch ihren Plänen Vorschub, durch Haustarifverträge und selbst Einzelverträge industrieweite Tarifabschlüsse zu unterlaufen. *Dies ist ein fester Bestandteil der Politik der DGB-Bürokratie, ein zweistufiges Lohnsystem in einem vereinigten kapitalistischen Deutschland zu akzeptieren.*

Angesichts der Drohungen von bundesweiten Aussperrungen, so wie 1984, nehmen die IG-Metall-Spitzen ein Argument des FDGB auf und verlangen die Ausweitung

*Fortgesetzt auf Seite 6*

# Internationalistische revolutionäre Kämpfer Rote 1848er im amerikanischen Bürgerkrieg

*Der April dieses Jahres steht im Zeichen des 125. Jahrestags der Kapitulation des Konföderiertengenerals Robert E. Lee 1865 gegen die von General Ulysses S. Grant geführte Unionsarmee, die die Niederlage der südlichen Sklavenhaltergesellschaft in dem vier Jahre dauernden amerikanischen Bürgerkrieg bedeutete. Der Schlüssel zu dem Sieg des Nordens waren die 200 000 Schwarzen, die freiwillig in der Unionsarmee kämpften. Aber eine sehr entscheidende Rolle wurde ebenfalls von den deutschen Revolutionären gespielt, Veteranen von 1848, die in dem folgenden Artikel beschrieben wird, der aus Workers Vanguard (Nr. 494, 26. Januar), Zeitung der Spartacist League/U.S., übersetzt wurde.*

*Während die Sklaverei durch den Bürgerkrieg zerschlagen wurde, wurden viele der neu gewonnenen Rechte der Schwarzen zurückgenommen, als die Periode des Wiederaufbaus kaum ein Jahrzehnt später zu Ende ging. Völlige Gleichheit für Schwarze in den Vereinigten Staaten erfordert eine dritte amerikanische Revolution, eine sozialistische Revolution, in der schwarze Arbeiter eine entscheidende Rolle spielen werden.*

Unter den fast eine Million deutschen Einwanderern, die in den zehn Jahren zwischen 1844 und 1854 in die USA kamen, befanden sich einige tausend sogenannte „Rote 1848er“, politische Flüchtlinge, die in der fehlgeschlagenen bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 aktiv gewesen waren. Diese 1848er spielten fortan auch in der amerikanischen Geschichte eine zentrale Rolle. In der „alten Welt“ hatten sie für demokratische Ideale gegen die reaktionären Fürstentümer gekämpft, und so tendierten sie ganz selbstverständlich in der zweiten amerikanischen Revolution, dem amerikanischen Bürgerkrieg, der das System der Sklaverei zerschlug, zur Seite der Unionskräfte. Fritz Anneck, einer der 1848er und ein ehemaliges Mitglied des Kommunistischen Bundes von Karl Marx, gab seinen Memoiren den Titel: „Der zweite Kampf für die Freiheit“.

Die deutschen Immigranten brachten ihre militanten Traditionen und Organisationen in Gestalt der „Turnvereine“, in den USA einfach „Turner“ genannt, mit sich. Diese „Sportklubs“ mit ihren politischen, sozialen und militärischen Funktionen waren oftmals einfach direkte Ausläufer der Schützenvereine von 1848. Schon bald gewannen die 1848er in diesen Klubs die führende Position, wie es auch in der Plattform zum Ausdruck kommt, die auf der nationalen Delegiertenkonferenz der 1855 in Buffalo tagenden 47 Turner-Vereinigungen angenommen wurde:

„Die Turner sind gegen die Sklaverei; insbesondere sind sie gegen die Ausweitung der Sklaverei auf die freien Gebiete und sehen eine solche Einrichtung als einer Republik ganz entschieden unwürdig an und im Gegensatz zu jeglichem Verständnis von Freiheit.“ (Augustus J. Prah, „The Turner“, in: *The Forty-Eighters*, A. E. Zucker, Hrsg., 1967)

Als im April 1861 der Krieg ausbrach, wurden die Turner zu Institutionen, die massenhaft Rekrutierungen durchführten, ja oft fertige Regimenter aufstellten, zu einem für die Unionstruppen sehr kritischen Zeitpunkt, als im Norden ein verzweifelter Mangel an erfahrenen Soldaten herrschte. Es war eindeutig, daß die Deutschen in Amerika in ihrer großen Mehrheit für die Union waren:

dreiviertel aller Turner rückten in die Unionsarmee der Nordstaaten ein, und am Ende kämpften mehr als 176 000 in Deutschland gebürtige Amerikaner für die Sache der Union. Allein in New York wurden 1861 zehn ausschließlich deutsche Regimenter zusammengestellt, darunter das 1st German Rifles-Regiment und das Steuben-Regiment. Andere Staaten, unter ihnen Missouri, Ohio und Illinois, verfügten über Regimenter, die sich ganz oder teilweise aus Turnern zusammensetzten und die oftmals durch 1848er befehligt wurden. Selbst in dem Sklavenstaat Texas weigerten sich die deutschen Milizen, der Unionsflagge abzuschwören, so daß konföderierte Truppen entsandt werden mußten, um sie zu unterwerfen.

In den ersten Kriegstagen bestand für Washington die Gefahr einer Isolation, als ein Sezessionisten-Mob in Baltimore die Eisenbahnverbindungen durchtrennt hatte und verhinderte, daß die Hauptstadt der Nation Verstärkung erhielt. Fast die einzigen zuverlässigen Truppen in Washington waren die beiden deutschen Kompanien. *Der Wecker*, damals die einzige republikanische Zeitung in Baltimore, gegründet von einem 1848er, berichtete:

„Als es darum ging, die Eisenbahnverbindung zwischen Washington und der Annapolis-Kreuzung zu bewachen und zu sichern und auch die rechte und linke Flanke der Regimenter von Massachusetts und New York, die zur Wiederherstellung des zusammengebrochenen Zugverkehrs von Annapolis aus auf die Kreuzung vorrückten, zu schützen, da waren die beiden deutschen Turner-Kompanien die einzigen verlässlichen Truppen, die von der Regierung für die äußerst gefährliche und wichtige Arbeit eingesetzt werden konnten. Diese beiden Kompanien marschierten auf die Annapolis-Kreuzung zu, vertrieben die Verräter aus der Gegend, unterwarfen die Bauern in dieser Region, die der Abtrennung von der Union zuneigten, und beschützten die Eisenbahnstrecke solange, bis die Truppen aus Massachusetts und New York eintrafen.“

Eine ähnlich ausschlaggebende Rolle spielten während dieser frühen bitteren Kriegstage auch die deutschen Einheiten in Missouri, die es vermochten, diesen Staat trotz starker sezessionistischer Neigungen für die Union zu erhalten. Prah beschreibt, wie sich Missouris Turner auf den Krieg vorbereiteten:

„Die Turner hatten bereits im Dezember 1860 mit ihren Vorbereitungen begonnen. Sie exerzierten jede Nacht in der Turnhalle und waren ebenso gut organisiert wie die deutschen Milizen, die sich Schwarze Jäger nannten. (Sympathisanten im Süden bezeichneten sie zweideutig als die Schwarzen Wächter.) Gegen Ende April waren fünf Regimenter aufgestellt worden, die sich zu einem Großteil aus Deutschen zusammensetzten. Das erste Regiment, hauptsächlich aus Turnern bestehend, wählte Francis Blair zu seinem Oberst, das zweite den Herausgeber des *Anzeiger des Westens*, Heinrich Boernstein, das dritte wählte Franz Sigel, das vierte, die ‚Schwarzen Wächter‘, Nicholas Shuettner und das fünfte schließlich C. E. Salomon. Außer Blair waren alle 48er.“

Zu Beginn des Kriegs ballte der Gouverneur der Konföderierten Truppen zusammen, um durch einen Manöverstreich das Waffenarsenal der Föderierten in St. Louis

einzunehmen, das nur von 200 Unionsoldaten, befehligt von Hauptmann Nathaniel Lyon, bewacht wurde. Die Turner-Regimenter nahmen in einem Überraschungsschlag Camp Jackson ein, den Stützpunkt der Sezessionisten, und retteten so St. Louis mitsamt seinem Waffenarsenal für die Union. Ein weiterer Offizier der Unionstruppen im Militärdistrikt von St. Louis war Joseph Weydemeyer, ein enger Mitarbeiter von Karl Marx. (Weydemeyer war 1847 in Köln ein Organisator des Kommunistischen Bundes gewesen, derjenigen Organisation, für die Marx und Engels das Kommunistische Manifest verfaßt hatten.) Weydemeyer überwachte die Errichtung von zehn Militäranlagen in der Gegend von St. Louis und wurde dann zum Oberst eines Freiwilligen-Regiments, das konföderierte Guerillas aufspürte.

Im Juli 1863 kam es in der Stadt New York zu Revolutionen irischer Einwanderer gegen die allgemeine Mobilmachung, die um ihren unsicheren sozialen Status fürchteten. Der rumwütende Pöbel lynchte Schwarze und brannte deren Waisenheime nieder, während die Iren innerhalb der Polizeikräfte überhaupt nichts unternahmen, die Randalierer zu stoppen, sondern sie sogar noch unterstützten. Die Turner waren es, die auf den Plan traten und dem Toben ein Ende setzten. Deutsche „traten freiwillig gegen den Pöbel an ... am effektivsten waren sie im siebten Bezirk“ (George Templeton Strong, *Diary of the Civil War*, 1962).

Die schwerwiegende Kraft deutscher Präsenz in den Unionstruppen zeigte sich bei der östlich stationierten Armee des Potomac, deren elf Heereskorps sich aus drei großteils deutschen Divisionen zusammensetzten, kommandiert von Franz Sigel, einem 1848er. (Eine Division bestand aus drei oder vier Brigaden, von denen jede vier bis sechs Regimenter mit je tausend Mann ausmachte.) „Ich kämpfe mit Sigel“ (oder in ihrem mehr schlechten als rechten Englisch: „I fights mit Sigel“) brüsteten sich die einfachen Soldaten des XI. Heereskorps und drückten so ihre Bewunderung für den Mann aus, der 1848/49 in Baden

die aufständischen Kräfte gegen die preußische Armee geführt hatte. Es ist klar, daß die Männer, die 1848 gekämpft hatten, im Jahre 1861 keine Jünglinge mehr waren. Dennoch kamen sie im Kampf gegen die Sklaverei zusammen, nahmen ihre Posten ein und kämpften. Zwei Kommandeure von Sigels Divisionen waren ebenfalls gebürtige Deutsche: die 1848er Carl Schurz und Adolf von Steinwehr, der 1847 in die USA gekommen war. Einer von Sigels Artillerieoffizieren, Major Franz Backhoff, hatte auch in der Badischen Revolution gekämpft — ursprünglich auf der anderen Seite. Als von seinem Kommandeur aber befohlen wurde, auf die Aufständischen zu schießen, drehte Backhoff die ihm unterstellten Gewehre im buchstäblichen Sinne um.

Das XI. Korps erlebte die blutige Schlacht von Chancellorsville und forderte die konföderierten Truppen in den harten Kämpfen in Cemetery Ridge bei Gettysburg heraus. Das denkwürdigste Gefecht fand vielleicht im Herbst 1863 statt, als es nach Westen geschickt wurden, um Grants Tennessee-Armee dabei zu unterstützen, die eingeschlossene Cumberland-Armee bei Chattanooga zu befreien. Es kam zum Durchbruch, nachdem die Divisionen von Schurz und Steinwehr im Morgengrauen die konföderierten Stützpunkte am Lookout Mountain angegriffen hatten:

„Sie kletterten einen Zick-Zack-Pfad an der Ostseite des Berges Lookout Mountain hinauf — einem heftigen Trommelfeuer von der Bergkuppe kommend ausgesetzt. Gegen Mittag hatten sie die Spitze fast erreicht, und es kam zum Feuerwechsel mit den Gewehreinheiten der Föderierten. Den Höhepunkt bildete ein Bajonettangriff der Männer ... aufwärts, ein 60 Meter weites mit Felsbrocken übersätes Gefälle hinauf, wodurch ein Durchbruch am Bergkamm erreicht und der Feind den Berg hinunter getrieben wurde.“ (Richard O'Connor, *The German-Americans*, 1968)

Fortgesetzt auf Seite 6

## Presseorgane der nationalen Sektionen der IKL

### Workers Vanguard

*Biweekly organ of the Spartacist League/U.S.*

\$7/24 issues (1 year)

International rates:

\$25/24 issues—Airmail \$7/24 issues—Seamail

Spartacist Publishing Co.

Box 1377 GPO, New York, NY 10116, USA

### Spartakist

*Herausgegeben von der Spartakist-Arbeiterpartei*

*Deutschlands*

8 Nummern DM 10,-/10 Mark der DDR

Postfach 21 07 50

1000 Berlin 21

Postfach 2002

Berlin 1026, DDR

### Australasian Spartacist

*Two-monthly organ of the Spartacist League of Australia and New Zealand*

\$3/6 issues (1 year) in Australia and  
seamail elsewhere

\$7/6 issues—Airmail

Spartacist ANZ Publishing Co.

GPO Box 3473

Sydney, NSW, 2001, Australien

### Le Bolchévik

*Publication de la Ligue trotskyste de France*

1 an (10 numéros): 30 F Hors Europe: 40 F (avion: 60 F)

Etranger: mandat poste international

BP 135-10, 75463 Paris Cedex 10, Frankreich

### Workers Hammer

*Marxist monthly newspaper of the*

*Spartacist League/Britain*

£2.00/9 issues International rate: £5.00—Airmail

Spartacist Publications

PO Box 1041, London NW5 3EU, England

### Spartaco

*Bollettino della Lega Trotskista d'Italia*

Abbonamento a 6 numeri: L. 4.000

Europa: L. 6.000 Paesi extraeuropei: L. 10.000

Walter Fidacaro

C.P. 1591, 20101 Milano, Italien

### Spartacist Canada

*Newspaper of the Trotskyist League of Canada*

\$2/4 issues \$5/4 issues—Airmail

Box 6867, Station A

Toronto; Ontario M5W 1X6, Kanada

## Rote 1848er ...

Fortsetzung von Seite 5

Die „Schlacht über den Wolken“, in vielen Wandgemälden festgehalten, ermöglichte den Angriff auf Missionary Ridge, geführt von „hauptsächlich deutschen Regimentern aus Illinois, Indiana, Kansas, Ohio und Wisconsin“ und befehligt von Brigadegeneral August Willich. Willich war ein „Roter 1848er“, der in Baden die radikalen Truppen geführt hatte, mit Friedrich Engels als seinem Adjutanten. Unter intensiven Beschuß genommen soll sich Willich gesagt haben: „Ich marschiere vorwärts, ganz gleich, ob ich dafür vor ein Kriegsgericht gestellt werde.“ Ohne Befehle abzuwarten, beorderte er seine neun Regimenter den Hang hinauf und erreichte so einen schnellen Sieg, der Grant überraschte. Jetzt war es den Armeen der Union möglich, ihren Marsch auf Atlanta und an die Küste zu beginnen.

Die Deutschen stellten also nicht nur die Körper zur Auffüllung der Gefechtslinien, sondern auch eine erfahrene militärische Führung, was zu Kriegsbeginn ein ausgesprochen seltenes Gut auf seiten der Union war, da viele tausend Offiziere der US-Armee zu den Konföderierten übergelaufen waren. Drei der relativ wenigen bedeutenden Generäle unter Grant, dem einzigen Generalleutnant, waren 1848er – Sigel, Schurz und Peter Joseph Osterhaus – und 1848er waren auch die meisten der neun deutschen Brigadegeneräle. Auch viele Oberste waren 1848er, berühmt geworden für ihre Kampfführung. Insgesamt gab es 500 deutsche Offiziere, angefangen vom Major bis hin zum General. Auch die deutschen Unteroffiziere, „gut ausgebildet und sehr diszipliniert“, spielten eine Rolle von unschätzbarem Wert. Anerkennend schreibt z. B. Rosengarten über den deutschen Unteroffizier: „Er hielt eine ganze Linie zusammen; er war in jeder Beziehung ein Muster an soldatischer Qualität.“ (J.G. Rosengarten, *The German Soldier in the Wars of the United States*, 1886)

Die 1848er schöpften aus der einflußreichen Feder von Karl Marx und Friedrich Engels Kraft, deren Artikel in der *New Yorker Herald Tribune* und in anderen Publikationen eine detaillierte politische und militärische Analyse des, in ihren Worten ausgedrückt, „ersten großen Krieges der Gegenwart“ lieferten. Unter der Führung von Karl Marx sammelte die I. Internationale die Kräfte der europäischen Arbeiterklasse, und dieser Beitrag wurde von der Regierung Abraham Lincolns dankbar anerkannt.

## Einheit der Arbeiterklasse ...

Fortsetzung von Seite 3

des gesetzlichen Aussperrungsverbots in der DDR (das die CDU/SPD-Regierung jetzt abschaffen will) auf ganz Deutschland, um sich damit notwendigen soliden Streikpostenkettens und Betriebsbesetzungen entgegenzustellen. Die Vorstellung, daß der bürgerliche Staat, mit Kohl oder der SPD (die als Kandidaten den offen arbeitfeindlichen Lafontaine aufgestellt hat), solch ein Verbot verhängen würde, ist lächerlich.

DDR-Arbeiter: die Kapitalisten wollen sich eine Arbeiterklasse unter den Nagel reißen, die im internationalen Vergleich hervorragend ausgebildet ist. Das westdeutsche Kapital will die Industrie der DDR ausplündern, einen Großteil der Fabriken stilllegen, dabei aber die Verteilungsnetze der früheren Kombinate beibehalten, genauso wie eine qualifizierte Arbeiterschicht zu Niedriglöhnen. Die äußerst hohen Qualifikationen der Arbeiterklasse in der DDR versetzen sie jedoch in die Lage, dem Angriff des Kapitals Widerstand zu leisten. Jetzt ist der Zeitpunkt, wo sich die Gewerkschaften in der DDR auf Streiks und Be-

triebsbesetzungen, wo und wann sie angezeigt sind, vorbereiten und Verbindungen zwischen den einzelnen Betrieben schmieden müssen. In jeder Fabrik sollten Betriebsversammlungen abgehalten werden, um volle und detaillierte Informationen über Übernahmepläne und Entlassungen zu bekommen, und um den Boden vorzubereiten, den Plänen der Leitungen einen Riegel vorzuschieben, die Produktion zu sabotieren und die Betriebe auszuverkaufen. Zwischen den verschiedenen Betrieben müssen Verbindungen geschaffen werden.

Doch trotz all dieser Taten waren die Deutschen, die in die USA gekommen waren, großen Mühsalen ausgesetzt, weil sie kein Englisch sprachen, und wurden für ihren Einsatz im Krieg nur kümmerlich belohnt. Im Zivilleben wurde unter ihnen eine sehr hohe Todesrate verzeichnet, und zwar nicht als ein Ergebnis gewollter Gehässigkeit oder von Lynchangriffen, sondern einfach aufgrund von Gleichgültigkeit und Unverständnis ihnen gegenüber von seiten ihrer englischsprachigen Nachbarn. Als die USA 1917 in den Ersten Weltkrieg eintraten, kehrte sich die Lage ins Bösertige: Die Deutsch-Amerikaner waren nicht enthusiastisch darüber, in einem Krieg zu kämpfen, den sie zu Recht als rein innerimperialistischen Krieg ansahen, und so waren sie einer Woge des Chauvinismus ausgesetzt. O'Connor schreibt darüber: „Über Nacht wurde alles, was deutsch war, stigmatisiert: Sauerkraut wurde jetzt zum ‚Liberty Cabbage‘, Frankfurter Würstchen zu ‚Hot Dogs‘. Die Schaufenster von Geschäften mit deutschen Namen wurden von ‚patriotischem‘ Pöbel zertrümmert, Menschen mit deutschen oder deutsch klingenden Namen verfolgt und oftmals zu Opfern von Gewalttaten des Pöbels.“

Dieser reaktionäre Feldzug richtete sich teilweise gegen Juden, die bekanntermaßen in der sozialistischen Anti-Kriegsbewegung überproportional vertreten waren. Der Ku-Klux-Klan, der mit seinem Lynch-Attentat auf den jüdischen Geschäftsmann Leo Frank im Jahre 1915 wiedererstand, wuchs nach dem Ersten Weltkrieg in der Hexenjagd gegen die „rote Gefahr“ kräftig an. Für die Deutsch-Amerikaner kulminierte diese Entwicklung 1936 in der Hinrichtung von Bruno Hauptmann, dem man boshaft die Entführung und Ermordung des Lindbergh-Babys angehängt hatte. Als im Zweiten Weltkrieg die Position der Volksfront, daß der US-Imperialismus einen Krieg gegen den Faschismus führe, die in der amerikanischen Bevölkerung verbreitete Abscheu gegen die Nazis ausnutzte, rückten Deutsch-Amerikaner in die US-Armee ein und kämpften heldenmütig. Doch dies soll nur ein Nachtrag zur Hauptaussage sein.

Die deutschen Revolutionäre von 1848 hatten einen bedeutenden und machtvollen Anteil am amerikanischen Bürgerkrieg gegen die Sklaverei. Kämpferische deutsche Arbeiter sollten das heute wissen, denn dies ist ein Bestandteil ihrer Geschichte.

Die Lösung der Arbeiterbewegung muß lauten: Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Gewerkschaftler in Ost und West müssen für volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter kämpfen. Arbeiter selbstverteidigungsgruppen sind nötig, um gegen faschistischen und rassistischen Terror vorzugehen und um Streiks und Besetzungen zu verteidigen. In der DDR könnten besonders die Mitglieder der VP und NVA, die nicht in einen kapitalistischen Repressionsapparat aufgesogen werden wollen, aufgefordert werden, sich solchen Verteidigungsgruppen anzuschließen. Wirkliche Gewerkschaftseinheit setzt einen scharfen politischen Kampf gegen den spalterischen Antikommunismus und den nationalen Chauvinismus voraus,

# Verteidigt die Errungenschaften der Frauen in der DDR! Kapitalistisches Vaterland gegen Frauenrechte

Bedroht von der erzwungenen Wiedervereinigung mit der kapitalistischen Bundesrepublik gehören die Frauen in der DDR zu den ersten, deren hart erkämpfte Errungenschaften unter Beschuß des Vierten Reichs geraten. Bonn hat den 1. Juli zum Stichtag des D-Mark-Anschlusses erklärt, um die Sozialleistungen endgültig zu „vereinheitlichen“ — die Zerschlagung der Planwirtschaft von Grund auf und die Abschaffung der sozialen Absicherung in der DDR „von der Wiege bis zur Bahre“.

Daß die Frauen der DDR soviel erreicht hatten — trotz des bürokratischen Würgegriffs des Stalinismus in Wirtschaft und Gesellschaft der DDR —, ist ein schlagender Beweis für die Macht der sozialisierten Planwirtschaft des Arbeiterstaats. Mit hoher Schulbildung und Berufsausbildung, mit den besten Mutterschaftsregelungen und umfassender Kinderversorgung, sind die Frauen, von denen über 90 Prozent arbeiten, ein zentraler Bestandteil der Arbeiterklasse in der DDR. Aber ohne Klassenkampf gegen die Privatisierung der Produktion und die Abschaffung der Sozialleistungen werden sie aus der Produktion verdrängt werden, wenn Arbeitslosigkeit und Streichung von Sozialleistungen um sich greifen bei der Jagd nach kapitalistischem Profit. *Workers Vanguard* (23. März) hat einen Bericht aus Berlin veröffentlicht, der die Situation beschreibt: „Frauen werden in besonderem Maße von den Kürzungen bei der Versorgung der Kinder, den Kindergärten und Renten betroffen sein. Im EKO-Stahlwerk in Eisenhüttenstadt, wo ein Drittel der Beschäftigten Frauen sind, wird die Kinderkrippe an den Wochenenden abgeschafft.“ Republikweit sind die betrieblichen Kindereinrichtungen von Schließungen bedroht. In Leipzig beispielsweise sollen

18 Betriebskindergärten mit fast 6000 Kindergärten- bzw. Kinderkrippenplätzen dichtgemacht werden. „Was soll nun werden?“ fragte eine junge Frau, die im VEB Sachsenbräu arbeitet, „wenn am 30. Juni unser Kindergarten schließt? Dann muß ich zu Hause bleiben — und wovon soll ich leben?“ Die Arbeiterklasse muß sich dringend auf die bevorstehenden defensiven Kämpfe vorbereiten, wobei die Verteidigung von Frauen und ausländischen Kollegen einer der Schwerpunkte sein muß.

Arbeiter im riesigen Leunawerk in Halle haben ihre Besorgnis darüber vorgebracht, daß den Frauen in der BRD die Arbeit in Nachtschicht verboten ist (dieses Gesetz geht noch auf Bismarcks Reich zurück). In einem wiedervereinigten kapitalistischen Deutschland würden allein aufgrund dieses Gesetzes Tausende von Frauen ihre Arbeit verlieren. Wir sagen: *alle* Arbeiter müssen bei der Arbeit vor Gefahren und Erschwernissen geschützt werden.

Die Bonner Politiker haben kein Geheimnis gemacht aus ihrem Bestreben, die Frauen der DDR wieder zurück zu „Kinder, Küche, Kirche“ zu treiben. Einer der Punkte der CDU-Wahlplattform für die Volkskammerwahlen war der „Schutz des ungeborenen Lebens“. Was die CDU in die DDR exportieren will, ist die Hexenjagd auf das Recht auf Abtreibung, der sich heute die Frauen in der Bundesrepublik ausgesetzt sehen, wo für die Opfer des „Kinderholocausts“ die Kirchenglocken geläutet werden.

Bei diesen Wahlen haben nur die Kandidaten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) eine entschiedene Position gegen die kapitalistische Wiedervereinigung bezogen, sie riefen auf zur Bildung einer leninistisch-egali-

*Fortsetzung auf Seite 10*

der von der Bürokratie verbreitet wird. Hand in Hand mit dieser antikommunistischen Kampagne gegen den FDGB geht eine Hexenjagd auf Mitglieder und ehemalige Mitglieder der SED/PDS, um damit Arbeiteraktivisten auszuschalten. Die Arbeiterbewegung muß gegen die Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse und gegen die Versuche, sie auf die DDR auszuweiten, mobilisiert werden — kämpft gegen die antikommunistischen Verfolgungen!

Damit verbunden muß der Kampf gegen die Diskriminierung und den Mißbrauch der polnischen Arbeiter in Deutschland aufgenommen werden. Dies bedeutet auch, sich den zunehmend kämpferischen polnischen Gewerkschaften zuzuwenden, denen im Augenblick durch die „Schockbehandlung“ der Austeritätspolitik der von Solidarnosc geführten Regierung die Pistole auf die Brust gesetzt wird. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ruft die Arbeiter der DDR und der BRD auf, an ihre Klassenbrüder und -schwestern, besonders in der Sowjetunion, zu appellieren: Erhaltet, was durch harten Klassenkampf gewonnen wurde.

Jegliche ernsthafte Verteidigung des Lebensunterhalts und der Sozialleistungen in der DDR wird notwendigerweise zu einem frontalen Zusammenstoß mit der kapitalistischen Wiedervereinigung und der Machtfrage führen — welche Klasse herrscht? Was wir brauchen, ist eine re-

volutionäre Führung mit einem Programm des Klassenkampfes, das den Anschluß aufhalten und der Arbeiterklasse Zeit verschaffen kann, sich für eine politische Offensive umzugruppieren: Die Fabriken müssen den Händen der Direktoren entrissen werden, die sie ausverkaufen wollen; Fabrikkomitees und Arbeiterräte müssen gebildet werden, um unsere Errungenschaften und unsere Arbeitsplätze zu verteidigen und um den Kampf um die Staatsmacht aufzunehmen, die von den Arbeitern ausgeübt werden muß.

Der Zusammenbruch des Stalinismus hat den Bankrott ihres Dogmas vom „Sozialismus in einem Land“ offenkundig gemacht, so wie es die Trotzlisten immer gesagt haben. Die SpAD war die einzige Partei, die bei den Volkskammerwahlen klar gegen die Wiedervereinigung Position bezogen hat. Alle anderen Parteien wollen zurück in eine „Zukunft“ von Arbeitslosigkeit, Rassismus und Krieg: von SPD über PDS und Vereinigte Linke stimmten alle der Streichung des Wortes „Sozialismus“ aus der DDR-Verfassung zu. Wir alleine, deren Genossen und Vorfahren von Anfang an gegen den Stalinismus und seine Versuche, den Imperialismus zu besänftigen, gekämpft haben, bieten ein Kampfprogramm an zum Erhalt dessen, was wir gewonnen haben, und einen Weg vorwärts zu einem Arbeiter-redeutschland in einem sozialistischen Europa.

# Wie KPD und SPD den Aufstieg Hitlers zur Macht zuließen

## Stalin/Thälmann und ihre „Dritte Periode“

Für viele in der DDR ist die Geschichte der Kommunistischen Partei (KPD) in den Jahren, die zu Hitlers Machtergreifung 1933 führten, ein „weißer Fleck“. Die selbstmörderische Politik der „Dritten Periode“ der Kommunisti-

### Teil 1 von 2

schen Internationale unter Stalin und der KPD war gegen Einheitsfrontaktionen mit sozialdemokratisch geführten Arbeitern gerichtet, die notwendig gewesen wären, um die wachsende Nazi-Gefahr zu bekämpfen, und ermöglichte es Hitlers Sturmtruppen, nahezu ohne Gegenwehr an die Macht zu kommen. In den letzten Jahren haben Gorbatschows „Erneuerer“ die „Dritte Periode“ verurteilt, aber mit der Position, die spätere Volksfrontpolitik von Stalin und Dimitroff sogar noch früher umzusetzen. Diese Politik führte zum Verrat der Spanischen Revolution in den späten 30er Jahren (und zahlreichen anderen revolutionären Erhebungen seitdem) und bereitete direkt Hitlers Einmarsch in die Sowjetunion vor.

Der führende KPD-Kader in der Periode des Nazi-Vormarsches zur Macht war Ernst Thälmann. Ursprünglich von Sinowjew gefördert, folgte Thälmann sklavisch jedem, der im Kreml das Sagen hatte. Ein entscheidender Einschnitt in Thälmanns Laufbahn war die „Wittorf-Affäre“. Wittorf war ein Mitglied des ZK und ein Parteiführer in Hamburg, dem vorgeworfen wurde, daß er Parteigelder veruntreut hatte; Thälmann wollte die ganze Angelegenheit verschleiern. Am 26. September 1928 stimmte das ZK in einer einstimmigen Mißtrauenserklärung gegen Thälmann. Unter Druck der Komintern zogen am 1. Oktober 26 ZK-Mitglieder ihre Abstimmung zurück, und die Ausschaltung von Thälmanns Opponenten nahm ihren Anfang.

In den frühen 30er Jahren war er in besonderem Maße verantwortlich dafür, die katastrophale Politik der „Dritten Periode“ durchzusetzen. Noch heute, hauptsächlich als Ergebnis von Jahrzehnten der stalinistischen Schule von Fälschungen (und weil er in einem Nazi-Konzentrations-

lager starb und nicht von Stalins Hand, wie viele seiner Genossen), wird Thälmann weiterhin bei vielen sozialistisch eingestellten Arbeitern und linken Intellektuellen in der DDR als antifaschistischer Held und Märtyrer betrachtet.

Ein typisches Beispiel dafür ist die heutige KPD, die (wie schon ihr Name zeigt) sich auf die Traditionen der KPD in den 20er und frühen 30er Jahren beruft. Die KPD entstand als eine widersprüchliche linke Abspaltung aus der auseinanderfallenden SED-PDS, „um alternativ zu sozialdemokratischen Konzepten, die letztlich die kapitalistische Gesellschaftsordnung stützen, authentische kommunistische Politik zu praktizieren und zu propagieren“.

In den Volkskammerwahlen hat die KPD jedoch ihren Wahlkampf als linkes Anhängsel der mehr und mehr sozialdemokratischen PDS geführt. In ihrer ursprünglichen programmatischen Erklärung forderten sie „zwei souveräne deutsche Staaten“ und „den Erhalt des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln als dominierende Eigentumsform“ in der DDR. Jedoch am Vorabend der Wahlen forderte ein KPD-Plakat „Deutsche Konföderation – Demokratisch, Blockfrei“, eine Position, die ihrem Wesen nach dem Ausverkauf von Modrow, Gysi und anderen „liberalen“ Stalinisten entspricht, die nach „Deutschland einig Vaterland“ schrien. Und in ihrem Wahlprogramm ruft die KPD „für ein europäisches Deutschland und gegen ein deutsches Europa“ auf, in Anlehnung an die SPD-Pervertierung des antinationalistischen Ausspruchs von Thomas Mann, den die SPD heute in ein Kennwort für ein NATO-Deutschland umgewandelt hat.

Die trotzkistische Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands war die einzige Partei, die bei den Volkskammerwahlen mit einem klaren und eindeutigen Programm der Opposition zur kapitalistischen Wiedervereinigung angetreten ist. Als die KPD in Halle bürokratisch von der Wahl ausgeschlossen wurde, hat die SpAD einen formellen Protest an die Wahlkommission gesandt und hat der KPD in Halle auf der Basis einer klaren Opposition zur kapitalistischen Wiedervereinigung auch eine Absprache vorgeschlagen, bei der Wahl nicht in Konkurrenz zu treten. Als Ergebnis hiervon hat der von der KPD in Halle vorgeschlagene Kandidat an seine Genossen einen Brief geschrieben, in dem er sie dazu auffordert, für die SpAD zu stimmen (siehe *Arprekorr* Nr. 28, 20. März).

Seit ihrer Gründung hat die KPD einen Gutteil altstalinistischen Auftretens, einschließlich einer eingefleischten Feindschaft gegen den Trotzismus, mit Appellen an neulinke Jugendliche verbunden, die von ihrem Namen angezogen worden sind. Wenn die KPD sich weigert, sich mit der jämmerlichen Geschichte ihres Vorläufers Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre auseinanderzusetzen, wird sie nur einen Platz im Schatten der Sozialdemokratie finden, von der sie doch behauptet, sie zu bekämpfen. Diejenigen, die nach einer konsistenten kommunistischen Alternative zum Verrat von Stalinismus und Sozialdemokratie suchen, werden dies im Programm des Trotzismus finden.

Wir drucken im folgenden die erste Hälfte einer überarbeiteten Mitschrift eines Referats über diesen geschichtlichen Zeitraum ab, das bei einer Schulung der SpAD am 4. Februar gehalten wurde.

Nr. 14  
Winter 1989/90

*Spartacist* ist das  
Journal der  
Internationalen  
Kommunistischen  
Liga (Vierte  
Internationalisten)

Bestellt bei:  
Postfach 2002,  
Berlin 1026  
Sparkasse der  
Stadt Berlin  
Konto-Nr.  
6652-44-314496  
DM 2,-  
2 Mark der DDR





Genossen, das Thema der heutigen Schulung ist die Verarbeitung der wichtigen Lehren einer der größten Niederlagen, die die deutsche und internationale Arbeiterbewegung hingenommen hat. Es ist klar, daß die wesentliche Verantwortung für diese Niederlage in erster Linie bei den beiden großen Arbeiterorganisationen, der SPD und der KPD, zu suchen ist. Denn sie waren nicht in der Lage, eine Einheitsfront durchzuführen, um den Kampf gegen die Nazis zu organisieren und den Weg freizuschlagen für einen Kampf der Arbeiter um die Staatsmacht.

Die Sozialdemokraten sind bereits 1914 mit der Stimme für die Kriegskredite ins Lager der Bourgeoisie übergewechselt und haben eine bürgerliche Arbeiterpartei dargestellt. Von dieser Partei war nichts anderes als Verrat zu erwarten. Die Hoffnungen der deutschen Arbeiter lasteten auf der KPD, die mit der Oktoberrevolution identifiziert wurde und von der man den Kampf um die Macht erwartet hat. Deswegen trifft die Schärfe unserer Kritik und unseres Kampfes besonders die KPD.

Es gab vor ungefähr zwei Jahren den Prozeß gegen den Mörder von Thälmann. Wir haben damals gesagt, daß es ein Verbrechen der westdeutschen Bourgeoisie war, diesen Mörder freizusprechen. Denn dieser Prozeß und dieser Freispruch haben den Haß der deutschen Bourgeoisie auf den Kommunismus ausgedrückt. Für uns ist es in der heutigen Schulung wichtig zu verstehen, welche politische Rolle die Thälmann-Führung gespielt hat.

## Die Revolution am Scheideweg

Das Jahr 1923 war ein entscheidendes Jahr für die Entwicklung des Klassenkampfes in Deutschland. Zu diesem Zeitpunkt waren in ganz Deutschland heftige Streikkämpfe im Gange. Der gesamte Mechanismus des Reformismus hatte aufgehört zu funktionieren. Der Lohn, den die Arbeiter empfangen haben, hat bereits keinen Wert mehr dargestellt, kaum daß sie das Werkstor verlassen hatten. In dieser revolutionären Krise wäre es die Verantwortung der damaligen Führung der KPD unter Brandler-Thalheimer gewesen, den Kampf um die Macht aufzunehmen. Dazu zitiert Pierre Broué ein Mitglied der KPD, Albert:

„Eine Million Revolutionäre, die bereit sind und auf das Zeichen zum Angriff warten; hinter ihnen Millionen von Arbeitslosen, Hungernden, Hoffnungslosen, ja ein ganzes leidgeplagtes Volk, welches flüstert: ‚Auch wir! auch wir!‘ Die Muskeln dieser Massen sind gespannt, die Gewehre, mit denen man den Panzern der Reichswehr begegnen wollte, schon fest in den Fäusten ... und nichts geschah...“ (*Die Deutsche Revolution, 1918-1923*).

Das unterstreicht die verhängnisvolle Kapitulation der KPD unter Brandler, eine Kapitulation, die die entscheidende Wende in der gesamten politischen Entwicklung dargestellt hat. In Deutschland hatten bis zu diesem Zeitpunkt die Millionen Massen der Arbeiter und auch die breiten Schichten des Kleinbürgertums alle zur KPD geschaut. Sie sind zur KPD geströmt, weil sie von ihr den Kampf um die Macht erwarteten. Doch nach 1923 begann sich die Tendenz abzuzeichnen, daß insbesondere Schichten des Kleinbürgertums und der verelendeten Arbeiter in immer stärkerem Maße sich Hitler anzuschließen begannen.

Wichtig ist auch, was die Rolle des aufsteigenden Kampfes der Stalin-Fraktion in der Sowjetunion und die Auseinandersetzung in der Komintern betraf. Es war bis dahin eine Selbstverständlichkeit, ein ABC für alle Kommunisten, ausgehend von den Gedanken Lenins, daß nach der Machtergreifung in der Sowjetunion diese nur gefestigt werden konnte, man nur zum Sozialismus vorwärts gehen konnte, wenn die proletarische Macht nicht auf das rückständige Sowjetrußland beschränkt, sondern ausgeweitet wurde auf die fortgeschrittenen kapitalistischen

Länder in Europa, insbesondere Deutschland.

Doch die Niederlage in Deutschland 1923 gab der Machtübernahme der Bürokratenkaste unter Stalin, dem sowjetischen „Thermidor“, mächtigen Auftrieb. 1924 wurde eine Wendung weg von der internationalen Revolution vollzogen, und die Theorie vom „Sozialismus in einem Land“ wurde geboren, was die konservativen Impulse der parasitären stalinistischen Bürokratie ausgedrückt hat. Das heißt also, es hatte sich der Zweck der Kommunistischen Internationale geändert, der Zweck der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Das war also nicht länger die Ausweitung der Revolution, sondern eine konservative Haltung: zu bewahren, was man erreicht hat. Im Zusammenhang damit haben sich auch die Rolle und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale geändert, die von einem revolutionären Kampfinstrument in ein Instrument der Außenpolitik der Sowjetunion transformiert wurde. Dieser Prozeß hat sich auch innerparteilich niedergeschlagen, in der Erstickung von politischen Diskussionen, in repressiven Maßnahmen gegen Kritiker.

## Stalin: Bremse der Deutschen Revolution

Diese repressiven Maßnahmen galten insbesondere Kritikern, Arbeiterkämpfern und Kommunisten, die die Kapitulation 1923 in Deutschland angegriffen haben und die den Kurs korrigieren wollten. In diesem Zusammenhang ist es interessant, einen Brief von Stalin an Sinowjew von 1923 zu lesen, der erst 1927 veröffentlicht wurde:

„Wenn in Deutschland jetzt sozusagen die Macht auf die Straße fiel und die Kommunisten sie auffangen würden, würden sie krachend scheitern... Nicht darum handelt es sich, daß Brandler ‚die Massen schulen‘ will, es handelt sich darum, daß die Bourgeoisie plus rechte Sozialdemokraten bestimmt diese Demonstration zur Schulung in eine Generalschlacht verwandeln werden und die Kommunisten zertrümmern. Freilich, die Faschisten schlafen nicht. Aber für uns ist es vorteilhafter, daß die Faschisten zuerst angreifen, daß wir die ganze Arbeiterklasse um die Kommunisten zusammenschweißen. Überall sind die Faschisten in Deutschland schwach. Meiner Ansicht nach muß man die Deutschen zurückhalten und nicht antreiben.“ (zitiert in *Die Dritte Internationale nach Lenin*)

Dies in einer Situation, wo sich praktisch ganz Deutschland im Aufstand befand.

Das hat Stalin natürlich nicht gehindert, nach dem Desaster von 1923 auf der Stelle kehrt zu machen, Brandler wie eine heiße Kartoffel fallen zu lassen und ihm die gesamte Verantwortung in die Schuhe zu schieben. Das war auch der Grund, warum Trotzki Brandler gegen diese Angriffe verteidigte.

Die Auswahl der Führung der KPD wurde seitdem über das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und Stalin im Hintergrund vollzogen. Das entscheidende Kriterium für diese Auswahl war bedingungslose Ausführung der Anweisungen aus Moskau,

*Fortgesetzt auf Seite 15*

Wir laden ein zur Debatte  
der Spartakist-Arbeiterpartei  
mit der Gruppe Arbeitermacht

**Trotzkismus: Was er nicht ist –  
und was er ist**

Donnerstag, 3. Mai, 19.00 Uhr  
Kulturhaus „Ernst Schneller“  
Fließstr. 3-7, Berlin-Schönevide

## Frauenrechte ...

Fortsetzung von Seite 7

tären Avantgardepartei, um den Ausverkauf durch harten Klassenkampf zu stoppen. Die bevorstehenden bedeutenden Abwehrkämpfe müssen der Arbeiterklasse den Auftrieb geben, um die kapitalistische Übernahme zurückzukämpfen. Schon jetzt sind einzelne Kämpfe ausgebrochen: Am 13. Februar haben 800 Menschen in Ostberlin demonstriert mit der Losung „Gegen Sozialabbau – Für jedes Kind und jede Frau“. Auch streikende Erzieherinnen haben sich diesem Protest angeschlossen. Redner berichteten über einen Anstieg der Abtreibungen, weil sich die Frauen über die Zukunft Sorgen machen. Eine Demonstration in Dresden protestierte gegen die Schließung von sechs Kinderkrippen, die es Frauen praktisch unmöglich macht zu arbeiten.

### Verteidigt die Errungenschaften der Frauen!

Die DDR ist entstanden aus der Zerschlagung von Hitlers Reich durch die sowjetische Rote Armee, sie wurde aufgebaut von den Opfern des Naziregimes. Wenn auch die Zerschlagung der kapitalistischen Eigentumsformen von oben ausging und nicht das Ergebnis einer siegreichen proletarischen Revolution war, waren die sozialen Umwälzungen in der DDR tiefergehend als anderswo in Osteuropa, weil es notwendig war, die Nazi-Bourgeoisie an der Wurzel zu zerstören, und weil es eine starke kommunistische Tradition in der deutschen Arbeiterklasse gab. Wie alle deformierten Arbeiterstaaten war die DDR von Anfang an ein widersprüchliches Phänomen: eine Gesellschaft, wo eine stalinistische Bürokratie sich auf das vergesellschaftete Eigentum und die Errungenschaften der Arbeiterklasse stützt, dem Proletariat aber die politische Macht verweigert und die Arbeiterdemokratie, die lebenswichtig ist für die Planwirtschaft, durch bürokratisches Kommandieren ersetzt. Stalinismus bedeutet die Zerstörung des leninistischen Internationalismus durch diese sozial konservative bürokratische Kaste, mit ihrem antirevolutionären Dogma vom „Sozialismus in einem Land“, wodurch selbst das Überleben der Arbeiterstaaten in Gefahr gebracht wird durch das Nachgeben gegenüber dem Weltimperialismus und den Ausverkauf der Arbeiterkämpfe in anderen Ländern.

Mehr als beinahe jede andere Frage wirft sicherlich der Status der Frauen ein scharfes Licht auf die ökonomischen, sozialen und politischen Widersprüche im deformierten Arbeiterstaat DDR. Die enormen Errungenschaften, Seite an Seite mit weitergehender Ungerechtigkeit, erniedrigender Unterdrückung und bürokratischer Korruption sind eine machtvolle Bestätigung der marxistischen Einsicht, daß die soziale Stellung der Frau in der Gesellschaft der genaueste Gradmesser des sozialen Fortschritts der Gesellschaft selbst ist.

In der DDR kann man sich wahrscheinlich einfacher scheiden lassen als in jedem anderen Land auf der Welt. Wenn beide Partner nicht mehr zusammen leben wollen,

dann können sie sich innerhalb von etwa drei Wochen scheiden lassen. Aber bei der Wohnungsnot kommt es oft vor, daß beide nach der Scheidung noch ein oder zwei Jahre zusammenleben müssen!

Die Werktätigen der DDR mußten mit diesen Widersprüchen Tag für Tag leben: kostenlose Gesundheitsversorgung in einer Gesellschaft, wo die Luft durch Braunkohle so verdreckt ist, daß Lungenkrankheiten enorm zunehmen; massiv subventionierte Mieten für Wohnungen in scheußlichen Häusern in Betonklötzen, wo es keinen Platz gibt, wo Kinder spielen können; Berufung auf den „Sozialismus“ in einer Gesellschaft, wo die politische Mitwirkung und die freien Künste durch die Bürokraten mit einer gefürchteten Geheimpolizei erstickt wurden.

Von Anfang an hat die SED – eine bewußte Schöpfung des Kreml, um die hochpolitische und sehr militante deutsche Arbeiterklasse bürokratisch in den Griff zu kriegen – das stalinistische Dogma übernommen, daß die Institution der Familie, das Hauptinstrument zur Unterdrückung der Frauen, in eine „Kampfeinheit für den Sozialismus“ umgewandelt werden könnte. Dieses Dogma wird jedoch (und das gilt auch für die SU selber) durch die Errungenschaften der kollektivierten Wirtschaft unterminiert, besonders durch die weitreichenden sozialen Auswirkungen der Tatsache, daß die meisten Frauen ganztags arbeiten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, der eine ganze Generation von jungen Männern getötet oder verkrüppelt hatte, haben die Frauen einen Großteil der Last auf sich genommen, um die Gesellschaft wiederaufzubauen. Die Trümmerfrauen verbrachten Millionen Stunden damit, die zerbombten Städte von den Trümmern zu befreien und die Wohnungen und Fabriken wiederaufzubauen. Zeitweilig haben die Frauen 60 Prozent der Beschäftigten ausgemacht. Angesichts des permanenten Arbeitskräftemangels mußte die DDR die notwendige Kinderversorgung und soziale Unterstützung bereitstellen, damit Frauen sowohl arbeiten als auch Mütter sein konnten. Die fortgeschrittene Industrie der DDR stellte die materiellen Ressourcen für eine Reihe von sozialen Maßnahmen zur Verfügung, um das Leben der Frauen qualitativ zu verbessern. Und nicht zuletzt wegen der langen Geschichte der deutschen Arbeiterklasse bei der Verteidigung der Rechte der Frauen war dieses Bekenntnis zur Gleichheit der Frauen mehr als nur der formelle Verfassungsgrundsatz der DDR. Die wesentlichen materiellen Errungenschaften und Sozialleistungen des Staats, die den Frauen zur Verfügung stehen, und die unterstützenden Maßnahmen wie beispielsweise Arbeitskollektive haben in dieser weitgehend kollektivierten Gesellschaft einen tiefgehenden Effekt auf soziale Strukturen und Haltungen. Die Vergesellschaftung von Haushaltspflichten wie freie, ständig verfügbare Kinderbetreuung haben dazu beigetragen, Frauen von den Fesseln der Familie zu befreien.

Bei der Geburt eines Kindes bekommen Frauen ein ganzes Jahr bezahlten Urlaub, ohne befürchten zu müssen, ihre Arbeit während des „Baby-Jahres“ zu verlieren. Wegen der staatlichen Zuschüsse haben die Frauen nur wenig Druck, verheiratet zu bleiben, und als Ergebnis davon gibt es viele alleinstehende Mütter in der DDR, wo z. B. eine alleinstehende Mutter mit zwei Kindern Anspruch auf eine Zweizimmer-Wohnung für 30 Mark hat. Nur ein Viertel der Leute, die in den letzten sechs Monaten in den Westen ausgewandert sind, sind Frauen. Die alleinstehenden Mütter, die in den Westen gegangen sind, sind schockiert darüber, daß es keine Vorkehrungen für sie und ihre Kinder gibt.

In der DDR sind Frauen Lkw-Fahrer, Kranführer, Chirurgen und Richter. Aber sie kommen immer noch nachts nach Haus, um sich stundenlang mit Hausarbeit abzuplak-

### SPARTAKIST-TREFFPUNKT BERLIN

geöffnet am 24. und 26. April  
und am 2. Mai, 18.00 bis 21.00 Uhr  
Kulturhaus „Ernst Schneller“  
Fließstraße 3-7, Berlin 1190

ken (die „zweite Schicht“), was ihnen zusätzlich erschwert wird durch extremen Mangel an Haushalts- und Konsumgütern. Unter dem Ulbricht/Honecker-Regime waren Frauen praktisch von den hohen Posten der Partei-Elite ausgeschlossen. Kinderbetreuungsmöglichkeiten in staatlich geführten Krippen und Kindergärten sind reichlich vorhanden, billig, mit ausreichendem und gut ausgebildetem Personal und oft direkt am Arbeitsplatz. Aber viele schließen um 18.30 oder 19.00 Uhr, so daß es für Frauen schwierig ist, ein Leben nach der Arbeit zu führen. Kinderbetreuung 24 Stunden lang ist eine grundlegende Forderung der Spartakist-Arbeiterpartei, als Teil unseres Programms für die wirkliche Befreiung der Frau in allen Bereichen des sozialen, politischen und ökonomischen Lebens.

### Verteidigt das Recht der Frauen auf Abtreibung!

Die bürgerliche Presse verschweigt natürlich bei ihren Proklamationen über den „Tod des Kommunismus“ die Errungenschaften für die ostdeutschen Frauen. Stattdessen haben die kapitalistischen Publikationen versucht, den Marxismus und die Befreiung der Frauen in den Farben des stalinistischen Draculas Ceausescu in Rumänien zu malen, wo drakonische Anti-Abtreibungsgesetze, die von der terroristischen Geheimpolizei kontrolliert wurden, dazu führten, daß Tausende von Frauen und Ärzte ins Gefängnis kamen. Auffällig schweigsam war die Presse darüber, womit die polnischen Frauen unter der prokapitalistischen Solidarność konfrontiert sind: Dort hat sich die katholische Kirche mit anderen rechten Kräften zusammengetan, um Abtreibung zu illegalisieren und zu versuchen, „die christliche Moral zur Grundlage der sozialen Ordnung zu machen“ (*International Viewpoint*, 12. Juni 1989).

1956 wurden Abtreibungen in Polen legalisiert und kostenlos im staatlichen Gesundheitswesen durchgeführt, obwohl Schwierigkeiten in der Versorgung viele zu teuren privaten Abtreibungen trieb. Aber im Februar 1989 wurde ein Antrag im Sejm eingebracht, um „dem ungeborenen Kind gesetzlichen Schutz“ zu geben, was drei Jahre Gefängnis für Frauen und ihre Ärzte für Abtreibung festlegen würde, ohne Ausnahme, nicht einmal bei einer Vergewaltigung. Mit diesem Antrag würde auch die Behandlung einer Krankheit der Frau illegalisiert werden, wenn dabei ihr Fötus verletzt werden könnte!

Mit dem Anschluß der DDR an den westdeutschen Kapitalismus werden die Bedingungen eingeführt werden, mit denen die Frauen in der BRD konfrontiert sind, wo die Anti-Abtreibungs-Hexenjagd floriert. Das Abtreibungsgesetz in der BRD, bekannt als Paragraph 218, wurde 1871 bei Bismarcks Reichsgründung mit dem Strafgesetzbuch eingeführt. Unter Hitler wurde es geändert — Abtreibung wurde mit dem Tode bestraft. Militante Abtreibungsgegner bestehen darauf, daß diese Todesstrafe in Bayern immer noch existiert! Mit dem Slogan „Abtreibung ist Mord“ klagte 1988 der bayerische traditionell katholische Staat den Frauenarzt Dr. Horst Theissen in Memmingen an, „illegale“ Abtreibungen ambulant durchgeführt zu haben. Mehr als 500 seiner Patienten — viele von ihnen sind arme und eingewanderte Frauen — und ihre Familien wurden verhört und schikaniert; einige wurden ebenfalls angeklagt. Am 5. Mai 1989 wurde Dr. Theissen verurteilt, in 38 Fällen die Paragraphen 218 und 219 des deutschen Gesetzbuches verletzt zu haben, und mit zweieinhalb Jahren Gefängnis bestraft. Zur Zeit läuft die Berufung in diesem Fall.

In der DDR wurde der Paragraph 218 aus den Gesetzbüchern gestrichen, als 1950 das Gesetz für den Schutz von Mutter und Kind und die Rechte der Frau beschlossen wurde, das die Abtreibung erlaubte, wenn es medizinische, soziale oder ethische Gründe gab. Obwohl dieses Gesetz

die Möglichkeit einer Abtreibung für Frauen qualitativ verbesserte, stellte es sich als zu restriktiv heraus, da Frauen die Notwendigkeit vor einem Komitee rechtfertigen mußten. Viele Frauen ließen auch weiterhin illegale Abtreibungen durchführen.

1972 verabschiedete die DDR das Gesetz zur Schwangerschaftsunterbrechung, das die Abtreibung auf Wunsch während der ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft erlaubt, voll vom Staat bezahlt. Es gibt nur zwei Einschränkungen: Eine Frau darf nicht mehr als eine Abtreibung innerhalb von sechs Monaten haben, und die Abtreibung wird verweigert, wenn ihre Gesundheit bedroht ist. Die Frau bekommt ihr volles Krankengeld, unabhängig davon, wie lange sie von der Arbeit wegbleibt. Kostenlose Verhütungsmittel sind in der DDR für jede Frau verfügbar, die 16 Jahre oder älter ist; 1974 wurden elf Millionen Packungen der Anti-Baby-Pille verteilt. Als ein Resultat dieser und anderer Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität der medizinischen Versorgung von Frauen und dem Rest der Bevölkerung hat die DDR weltweit eine der niedrigsten Sterblichkeitsraten von Frauen während der Geburt. 1977 lag die Müttersterblichkeit in der DDR bei 18 pro 100 000, während diese im wohlhabenden Westdeutschland 34 war — fast zweimal so hoch. Die DDR ist ebenfalls einer der sichersten Plätze der Welt für Neugeborene, mit einer Säuglingssterblichkeitsrate von 8,1 pro 1000 Geburten im Jahr 1988.

Diese Errungenschaften müssen verteidigt werden! Die Gefahr kommt nicht nur von Helmut Kohls konservativer CDU. Wo die regierende katholische Partei auf Widerstand gestoßen ist, hat die SPD Arm in Arm als zuvorkommender effektiver Organisator des moralischen Kreuzzugs gegen die Frauen gedient. In den frühen 70er Jahren boykottierte die SPD eine starke Bewegung zur Streichung des Paragraphen 218 aus dem Gesetzbuch der BRD und peitschte als „Kompromiß“ das gegenwärtige Gesetz durch, das gegen Dr. Theissen und andere Ärzte angewandt wird! Die SPD hat wiederholt die breite Empörung ihrer Gewerkschaftsbasis über die Abtreibungshexenjagd unterdrückt.

Seit der politischen Revolution, die im November die Mauern der stalinistischen Unterdrückung gesprengt hat, haben die ostdeutschen Frauen die Rahmenbedingungen für die Befreiung der Frau erforscht, was in der Ulbricht/Honecker-Zeit lange als subversives Gebiet galt. Die reiche

*Fortsetzung auf Seite 12*

### Women and Revolution

Frühling 1990, Nr. 37

Einzelausgabe DM 2,-  
2 Mark der DDR

Auslandsabo (Seepost)  
3 Nummern DM 7,-  
7 Mark der DDR

Auslandsabo (Luftpost)  
3 Nummern DM 10,-  
10 Mark der DDR

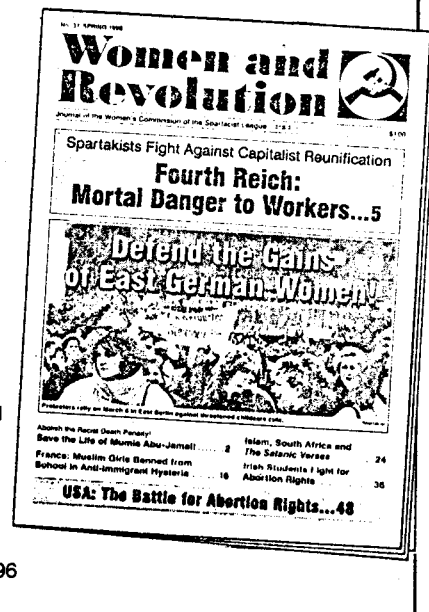
#### Bestellt bei:

Postfach 21 07 50  
1000 Berlin 21

Postgiro Ffm 119 88-601

Postfach 2002  
Berlin 1026

Sparkasse der  
Stadt Berlin, DDR  
Konto-Nr. 6652-44-314496



## Frauenrechte ...

Fortsetzung von Seite 11

Geschichte des marxistischen Gedankenguts über die Frage der Frauenemanzipation wurde von den Stalinisten ignoriert und unterdrückt. Der große Feiertag des Internationalen Frauentags, der zum ersten Mal von Textilarbeiterinnen in New York begangen wurde und als internationaler Feiertag von der deutschen Sozialdemokratie vor 1914 eingeführt wurde, wurde in der DDR als eine Art Muttertag karikiert. Die Marionetten-Frauenorganisation der SED trivialisierte die Interessen der Frauen: sie orientierte sich auf die „täglichen Probleme“ der Frauen, z. B. das Austauschen von Schnittmustern.

### Marxismus und Frauenfrage

Vor dem Ersten Weltkrieg war Deutschland bekannt als das „Herz der Arbeiterbewegung“, und die deutsche Sozialdemokratie repräsentierte die theoretische und organisatorische Führung der Internationale. Das marxistische Verständnis der Frauenfrage wurde zu einer Strategie und zu Taktiken zusammengeschiedet, die auch heute als Muster für kommunistische Arbeit unter Frauen dienen. Hier und in den Gewerkschaften wurden die großen Fragen der Rechte für Frauen ausgekämpft: Schutzgesetze für Arbeiterinnen, das Wahlrecht, die Rolle der Familie in der Gesellschaft.

40 Jahre harter politischer Kämpfe haben Methoden der Arbeit unter Frauen hervorgebracht, die die besonderen Bedingungen ihrer Unterdrückung angehen: Im Gegensatz zur feministischen „Eigenbrötelei“, daß die Befreiung der Frau allein ihre Sache ist, verstehen Marxisten, daß die Unterdrückung der Frau unlösbar verbunden ist mit der Institution der Familie und dem Privateigentum an Produktionsmitteln. Die Führer der SPD vor dem Ersten Weltkrieg bestanden darauf, daß Arbeiterinnen als Teil der revolutionären proletarischen Bewegung organisiert werden müssen. Eine Frauensektion wurde in der Partei aufgebaut, um besondere Arbeit unter den Frauen durchzuführen, sie über ihre aktuellen Bedürfnisse zu mobilisieren und in eine weitergehende politische Arbeit einzugliedern.

Die Zeitschrift *Die Gleichheit*, gegründet 1891 und bis 1916 herausgegeben von Clara Zetkin, war ein wichtiges Organ für die SPD-Linken gegen die wachsenden revisionistischen Strömungen. Für Tausende von Frauen war *Die Gleichheit* die Avantgarde im Kampf für ihre Rechte und gegen kapitalistische Ausbeutung und imperialistischen Krieg. Aber nach 1914, als die Sozialdemokratie zur kapitalistischen Klasse überlief und das „Vaterland“ im imperialistischen Massenabschlachten des Ersten Weltkriegs unterstützte, gab sie der revolutionären marxistischen Tradition zur Frauenfrage ein drittklassiges Begräbnis. Die SPD wurde die standhafteste Säule der bürgerlichen Familie, ihre „Frauenarbeit“ eine weibliche Hilfstruppe für leere Wahlpropaganda.

Die proletarische Frauenbewegung kämpfte gegen die bürgerlichen feministischen Vorstellungen, die nur am kapitalistischen Bild herumbasteln, aber die Wurzeln der Frauenunterdrückung unberührt lassen. Das vorherrschende bürgerlich-feministische Bündnis in der Weimarer Republik, der Bund Deutscher Frauenvereine (BDF), existierte von Anfang an in einer stark politisch klassendifferenzierten Gesellschaft mit einer proletarischen Massenpartei. Linke Frauen und Arbeiterinnen, die gegen ihre Unterdrückung kämpfen wollten, traten in die SPD ein, nicht in den BDF. Als Hitler an die Macht kam, gingen die

feministischen Organisationen, geführt vom BDF, massenhaft zu den Faschisten über.

Die westdeutschen Feministinnen, die blind sind für die steigende Frauenarbeitslosigkeit und die völlig unzulängliche Kinderbetreuung, haben keinen Finger gekrümmt, um Dr. Theissen gegen die Anti-Abtreibungs-Hexenjagd von Bonn bis München zu verteidigen. Stattdessen stürzte sich die feministische Guru-Führerin Alice Schwarzer mit Feuereifer in die Anti-Porno-Kampagne, ein Echo auf den reaktionären moralistischen Kreuzzug von Kirche und CDU- und SPD-Politikern. Ihre Zeitung *Emma* hat sogar erklärt, „Koedukation macht Mädchen dumm!“, während rechte Sozialdemokraten und fundamentalistische Grüne zu beweisen versuchen, daß sexuell getrennte Erziehung junge Mädchen „bevorzugt“. Sie greifen eine grundlegende bürgerlich-demokratische Errungenschaft an, die die *Konsequenz* der Integration der Frauen in die Arbeiterschaft war.

### Für Frauenbefreiung – für Trotzismus!

Die bolschewistische Partei unter Lenin und Trotzki führte die marxistische Tradition der Arbeit unter Frauen fort. Als 1917 die Bolschewiki die Arbeiterklasse in Rußland zur Macht führten, ergriffen sie eine Reihe von Maßnahmen zur Emanzipierung der Frauen. Soweit sie es in einem rückständigen und vom Krieg gezeichneten Land tun konnten, versuchten sie die sozialen Funktionen der Familie zu ersetzen mit kostenlosen Kinderbetreuungs-Zentren Tag und Nacht und öffentlichen Wäschereien und Kantinen – Maßnahmen, die es den Frauen ermöglichen, voll am sozialen und politischen Leben teilzunehmen. In der *Verratenen Revolution* polemisierte Trotzki gegen das stalinistische Programm, die Familie wiederherzustellen; als Stalin im Zuge der Reaktion, des sowjetischen Thermidors, die Abtreibung in der UdSSR verbot (sie war wieder legal bis 1956), erklärte Trotzki 1936 dies in Grundsätzen:

„Die feierliche Rehabilitierung der Familie, die – welch ein Wunder der Vorsehung! – mit der Rehabilitierung des Rubels zusammenfiel, hatte seine Ursache im materiellen und kulturellen Versagen des Staates. Statt offen zu sagen: Es zeigte sich, daß wir noch zu arm und zu roh sind, um sozialistische Beziehungen zwischen den Menschen zu schaffen, diese Aufgabe werden unsere Kinder und Enkel erfüllen, verlangen die Führer, nicht nur, die Scherben der zerbrochenen Familie wieder zusammenzukitten, sondern auch, unter Androhung schlimmster Strafen, in ihr die geheiligte Urzelle des siegreichen Sozialismus zu sehen. Das Ausmaß dieses Rückzugs ist mit dem bloßen Auge schwer zu ermessen!“

In der DDR wollen Millionen von Arbeitern kämpfen, um die hart erkämpften Errungenschaften zu verteidigen. Was nötig ist, ist eine revolutionäre Avantgardepartei, um den Kampf gegen den imperialistischen Ansturm zu führen, um gegen die Privatisierung der Fabriken zu streiken, um gegen die Schließung von Kinderbetreuungsstätten und die Mieterhöhungen zu protestieren. Die SpAD ruft dazu auf, eine leninistische Partei aufzubauen, die für politische Arbeiterrevolution kämpft. Arbeiterfrauen werden in vorderster Reihe stehen im Kampf, die sozialen Errungenschaften der DDR gegen kapitalistische Angriffe zu verteidigen. Zu verteidigen, was wir schon gewonnen haben, ist der erste entscheidende Schritt, um darum zu kämpfen, was wir wirklich wollen: eine kommunistische Welt mit einer international geplanten Wirtschaft, die menschliche Beziehungen auf einer wirklich egalitären Basis erneuern wird.

Nach *Women and Revolution* Nr 37, Frühling 1990

# Kopfsteuer-Revolte ...

Fortsetzung von Seite 16

In überheblicher Weise ist die Steuer in Schottland, wo die Tories sowieso nur minimale Unterstützung haben, ein Jahr früher als in England und Wales eingeführt worden. Aber die Schotten haben sich nicht einfach zu gehorsamen Versuchskaninchen machen lassen. In Glasgow haben volle 42,5 Prozent der Bevölkerung sich geweigert, die Kopfsteuer zu bezahlen, oder sind mehr als drei Monate im Rückstand (*Independent*, 8. März). Versuche, die Gesetze dadurch durchzusetzen, daß das Vermögen von denen beschlagnahmt wird, die die Steuer nicht bezahlen, sind größtenteils durch die aus dem Boden schießenden Anti-Kopfsteuer-Vereinigungen zum Scheitern gebracht worden. Massenhafte Versammlungen von Bewohnern haben Versuche der Polizeibehörden zum Scheitern gebracht, „poindings“ durchzuführen, d. h. Hausdurchsuchungen, um die vorhandenen Vermögenswerte zu ermitteln. Unter Einsatz von CB-Funk und Flotten von Autos und Bussen haben die Anti-Kopfsteuer-Vereinigungen jetzt effektive „Scumbuster“-Einheiten (Abschaum-Zerstörer) aufgebaut, die schnell zum Ort eines „poinding“ mobilisiert werden können.

Die Proteste der Anti-Kopfsteuer-Vereinigungen könnten sich potentiell in die Richtung der militanten plebejischen Taktiken entwickeln, die in Schottland während des Ersten Weltkriegs angewandt wurden. Zwischen 1914 und 1919 hat sich das Gebiet um Glasgow den Ruf erworben, das „Rote Clydeside“ zu sein. Frauen aus der Arbeiterklasse, oftmals die Frauen von schottischen Soldaten an der Front, standen an der Spitze von militanten Mietstreiks. Mietstreikkomitees wurden gebildet, um die Kämpfe zu koordinieren, und um den Schlägern der Gerichtsvollzieher Widerstand zu leisten. Die Mietstreiks standen in engem Zusammenhang mit proletarischen Kämpfen in den Maschinenbau- und Munitionsfabriken. Aber heute ist die Schlüsselfrage, die durch den Kampf gegen die Kopfsteuer aufgeworfen wird, die Labour Party.

## Geht Thatcher den Bach runter?

Es wird die Kopfsteuer wohl nur kurz geben, und es ist sehr wahrscheinlich, daß ihr Chefarchitekt und Hauptbefürworter (Thatcher) bald darüber stürzen wird. Während eine Menge Leute sowohl Kinnock als auch seine Kumpagne dafür verachten, daß sie dieses belastende Gesetz unterstützen, zeigen landesweite Meinungsumfragen, daß die Labour Party einen riesigen Vorsprung vor den Tories hat. Aber das kann sich schnell ändern, wenn die Konservativen Thatcher vor der allgemeinen Wahl fallen lassen.

Jetzt fordern einige Tory-Parlamentsabgeordnete eine Wahl der Führung vor dem Herbst. Michael Heseltine hat den Vorteil, ein Gegner der Kopfsteuer zu sein. Ausgebildet in Shrewsbury und Oxford präsentiert er sich gern als self-made Unternehmer und Magnat. Seine „Haymarket Publishing Company“ ist mehr als 100 Millionen Pfund wert, und er läßt sich von seinem Chauffeur in einem Jaguar herumfahren. Heseltines Widerstände dagegen, daß Britannien nur die Rolle des Juniorpartners des US-Imperialismus spielt, führte zu seinem Rücktritt aus dem Kabinett über die Westland-Hubschrauber-Affäre. Besonders jetzt, wo die imperialistischen Mächte auf die Gelegenheit hoffen, die Arbeiter in Osteuropa ausbeuten zu können, finden seine Ansichten bei einem beträchtlichen Teil der bürgerlichen Meinung Zustimmung, die befürchtet, daß Thatchers einseitiges Beharren auf den „besonderen anglo-amerikanischen Beziehungen“ diese Gelegenheit für sie zunichte machen wird.

„Tarzan“ Heseltine erlangte traurige Berühmtheit, als er 1976 während einer Debatte den Parlamentsstab an sich riß und erklärte, er sei durch einen Labour-Abgeordneten provoziert worden, der nach einem knappen Wahlausgang „Die Rote Fahne“ gesungen habe. Heseltine hatte schon immer enge Verbindungen zu den britischen Militärspitzen. Als Sohn eines walisischen Oberst diente er als Offizier in der walisischen Garde. Als Verteidigungsminister überwachte er auf dem Höhepunkt des antisowjetischen Kriegskurses die Aufstockung von NATO-Atomwaffen. Er wurde von Thatcher vorgeschickt, um die erfolglose Anklage gegen den Staatsbeamten Clive Ponting voranzutreiben, der dem schottischen Labour-Abgeordneten Tam Dalyell Material über die *Belgrano*-Affäre zugespielt hatte. Während des schmutzigen Malvinas/Falkland-Kriegs wurde der argentinische Kreuzer *Belgrano* versenkt, wobei über 300 Matrosen durch dieses unnötige Gemetzel in den Tod geschickt wurden, das direkt von Thatcher und ihrem Kabinett befohlen wurde. Natürlich trat Heseltine darüber nicht zurück!

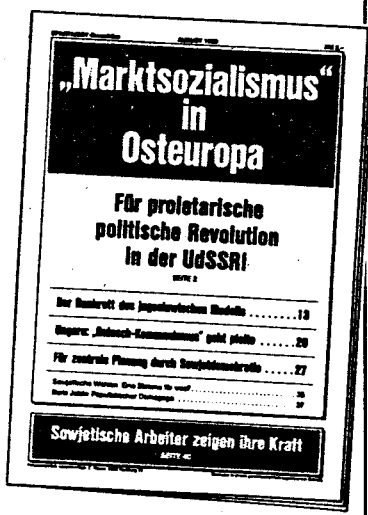
Aber auch Kinnock hat den antisowjetischen Kriegskurs leidenschaftlich unterstützt, von seinem Eintreten für die konterrevolutionäre Solidarność bis zu seiner Unterstützung der SPD, dem Trojanischen Pferd für kapitalistische Restauration in der DDR. Die Falkland-Kampagne wurde von allen Parteien geführt und überwiegend von der Labour Party unterstützt. Die der Labour Party nahestehende Zeitung *New Statesman & Society* (16. März) bemerkte: „Es scheint wahrscheinlich, daß eine von Heseltine geführte Regierung, gesäubert von Parkinson und Ridley, eine Politik verfolgen würde, die der der Labour Party  
Fortgesetzt auf Seite 14

### „Marktsozialismus“ in Osteuropa

DM 3,-/3 Mark der DDR

Bestellt bei:  
Postfach 21 07 50  
1000 Berlin 21  
Postgiro Ffm  
119 88-601

Postfach 2002  
Berlin 1026  
Sparkasse der  
Stadt Berlin, DDR  
Konto-Nr. 6652-44-314496



### KONTAKTADRESSEN:

SpAD  
Postfach 2002  
Berlin 1026

Postfach 21 07 50  
1000 Berlin 21  
Tel. (030) 4 92 78 66

Spartakist-Gruppe  
Postfach 24 HPA  
Greifswald 2200

c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 11 02 31  
2000 Hamburg 11

U. Nündel  
Postamt 25,  
Postlagernd  
Leipzig 7025

Spartakist-Gruppe  
HPA Rostock,  
Postlag. 01  
Rostock 2500

M. Schoner  
HPA Frankfurt  
Postlagernd  
Frankfurt (Oder)  
1200

## Kopfsteuer-Revolte ...

Fortsetzung von Seite 13

sehr ähnlich wäre; höhere Steuern, Investitionen in die Infrastruktur, eine koordinierte Politik zu regionaler Belebung. Tatsächlich würde Michael Heseltine vermutlich in der Lage sein, ein radikaleres Programm als Neil Kinnock durchzuführen.“ Dies sagt einiges aus, hauptsächlich wird damit bestätigt, wie rechts die gegenwärtige Labour-Führung ist.

Labour-Führer Kinnock — ein erklärter Feind des Sozialismus — hat nichts anderes getan, als den Kämpfen der Armen und Werktätigen in Britannien in den Rücken zu fallen. In dem zwölfmonatigen Bergarbeiterstreik, dem seit Jahrzehnten wichtigsten Klassenkampf hier, unterstützte Kinnock Thatchers Streikbrecher-Urabstimmung und verurteilte die Bergarbeiter, weil sie ihre Streikpostenkette gegen die streikbrechenden Polizisten und die Streikbrecher verteidigten. Streikende Bergarbeiter und andere Aktivisten nannten ihn passenderweise „Ramsay Mac-Kinnock“, nach dem verachteten Labour-Führer Ramsay MacDonald, der in den 30er Jahren offen zum Klassenfeind überlief. Dann, als die Gettos explodierten, billigte Kinnock den Polizeieror gegen Schwarze und Asiaten und legte einen Kranz am Grab von Blakelock nieder, dem Polizisten, der getötet wurde, als die mörderische rassistische Polizei brutal in Broadwater Farm einfiel. Jetzt sind Kinnock und seine örtlichen Leutnants als Thatchers Antreiber für die gehaßte Kopfsteuer aufgetreten.

In einer Situation, wo es einen Massenboykott der Steuer gibt, ist das Zurückhalten der Steuerzahlungen eine angemessene konjunkturelle Taktik. Revolutionäre müssen dafür kämpfen, die soziale Macht der Gewerkschaften zu entfesseln — für politische Streiks gegen die verhaßte Kopfsteuer! Die Verhängung der Kopfsteuer fällt zusammen mit weiteren Kürzungen der Sozialleistungen; die Lehrergewerkschaft in Bradford hat zu einem eintägigen Generalstreik gegen derartige Kürzungen aufgerufen; einige Ortsgruppen der Gewerkschaft der Staatsbediensteten haben dafür gestimmt, diese Steuer nicht einzutreiben, und in der Region Lothian in Schottland werden Mitglieder der Gewerkschaft NALGO am 3. März gegen das Sperren von Konten von Arbeitern, die nicht bezahlt haben, streiken. Aber im allgemeinen bleibt die Opposition gegen die Kopfsteuer auf dem Niveau von staatsbürgerlichem Ungehorsam, wenn auch in massivem Umfang.

Die Kopfsteuer *per se* ist nicht wesentlich für die Aufrechterhaltung des britischen Kapitalismus, obwohl die arrogante „Eiserne Lady“ wahrscheinlich unwiderruflich daran gebunden ist. Es entwickelt sich ein *bürgerlicher Konsens*, die Steuer zurückzuziehen und Thatcher durch jemanden zu ersetzen, der mehr Autorität hat, die kapitalistische Austerität zu verwalten. Eine Regierung unter Kinnock wäre dazu gezwungen, die Arbeiterklasse wenigstens genauso stark anzugreifen wie Thatcher oder Heseltine. Das ist es, was für die Verwaltung der kapitalistischen Gesellschaft im Verfall verlangt wird: Streikbruch, Kürzungen der Sozialausgaben, Disziplinierung der Arbeiter und Unterdrücken.

Das Handelsdefizit wird immer größer, weil das Land kaum mehr etwas herstellt, während diejenigen, die sich glücklich schätzen können, überhaupt einen Arbeitsplatz zu haben, oftmals aufreibende 50- bis 60-Stunden-Wochen haben, um über die Runden zu kommen. Inflation und Hypothekenzinsen sind enorm hoch, gewerkschaftliche Sicherheitsstandards werden über den Haufen geschmissen, während Eisenbahnzusammenstöße und U-Bahn-Infernos mit tödlicher Regelmäßigkeit passieren. Und es sind nicht nur die Privatisierungspläne von Thatcher, die grundlegende

Sozialleistungen wie die nationale Krankenversicherung bedrohen. Der Niedergang des britischen Kapitalismus spiegelt sich wider in den Ruinen der ehemals großen Hafenstädte und Industriezentren wie Liverpool, Newcastle, Glasgow und Belfast. Das heutige Parlament beruht auf der zunehmend schmalen Basis des Südostens von England. Es kann nicht zur Vertretung der Arbeiterklasse und der entrechteten Teile der britischen Inseln gemacht werden, indem die Tories abgewählt werden, denn Labour ist nicht besser. Es sind eine sozialistische Revolution und eine Reihe von anspruchsvollen Fünf-Jahres-Plänen notwendig, um hier einen Platz zu schaffen, wo man anständig leben kann.

### Kämpft gegen die Hexenjagd auf Scargill!

Vor kurzem ist in den bürgerlichen Medien eine hysterische Kampagne gegen den Führer der Bergarbeitergewerkschaft Arthur Scargill ausgebrochen, den sie beschuldigen, er hätte Geld unterschlagen, das in Rußland und Libyen für die Gewerkschaft gesammelt worden war. Die Beschuldigungen gegen Scargill wurden zuerst im *Daily Mirror* aufgebracht, die dem Zeitungsmagnaten und rechten Labour-Anhänger Robert Maxwell gehört. Der Hauptankläger gegen Scargill ist ein gewisser Roger Windsor, der von seinem Gewerkschaftsposten, zu dem er ernannt worden war, wegen des Verdachts auf Betrug an der Bergarbeitergewerkschaft NUM zurückgetreten ist. Im Anschluß daran wurde das Betrugsdezernat eingeschaltet und Windsor — jetzt unter Vertrag beim *Mirror* — muß sich wegen Rückzahlung eines Gewerkschaftsdarlehens vor Gericht verantworten. Diese Geschichte kam zu einem äußerst „günstigen“ Zeitpunkt auf, als nämlich die Presse Protestierende gegen die Kopfsteuer als „Gesetzesbrecher“ und „gewalttätig“ denunzierte — die gleichen Verleumdungen, mit denen die streikenden Bergarbeiter vor fünf Jahren überschüttet wurden.

Als die Bosse versuchten, wegen der „Gaddafi-Verbindung“ und dem russischen Gold während des Streiks ein großes Geschrei zu erheben, machten die Bergarbeiter damit kurzen Prozeß. Ein NUM-Funktionär sagte: „Wenn mir jemand 100 000 Pfund für die Kumpel geschickt hat, die in Lancashire streikten, dann ist es mir völlig egal, wo das herkommt, solange es dazu benutzt wird, um die Mühsal zu mildern. Wir haben in Lancashire Menschen, die hungern.“ (*Times*, 29. Oktober 1984) Gewerkschaftsmitglieder in der ganzen Welt — von sowjetischen Bergarbeitern über französische CGT-Mitglieder bis zu unterdrückten schwarzen Bergarbeitern in Südafrika — haben tief in ihre Taschen gegriffen und ihre internationale Solidarität mit der NUM gezeigt. Die NUM hat 24 000 Dollar erhalten, die international von der klassenkämpferischen Verteidigungsorganisation Partisan Defense Committee, die mit unserer amerikanischen Sektion zusammenarbeitet, gesammelt worden sind.

Die wirklich sinistre „Verbindung“ in der Arbeiterbewegung ist die gutbelegte Verbindung des CIA mit dem rechten Flügel von Labour und Gewerkschaften. Am Vorabend des Bergarbeiterstreiks sind die Führer von Labour — angezettelt von Gerry Healy's WRP (der Schwesterorganisation des deutschen BSA) — gnadenlos über Scargill hergefallen, weil er korrekterweise die polnische CIA-„Gewerkschaft“ Solidarność als anti-sozialistisch kritisierte. Dies war das Startsignal für Thatchers Kriegserklärung an die Bergarbeiter und das Vorspiel zum offenen Streikbruch durch die TUC-„Rechten“, während die „Linken“ von der TGWU und die Führer der Gewerkschaft der Eisenbahner die notwendige Ausbreitung des Streiks sabotierten. Die Führer der

Labour Party und des Gewerkschaftsdachverbands haben lieber die Niederlage des Streiks zugelassen, als daß sie für die Mobilisierung der aktiven Solidarität von anderen Schlüsselgewerkschaften gekämpft hätten, die für den Sieg notwendig gewesen wäre — die das Land zum Stillstand gebracht und schließlich wahrscheinlich die „Eiserne Lady“ zu Fall gebracht hätte.

Jetzt ruft Scargill, der grundlegend die gleiche reformistische Perspektive hat, mit der die Bergarbeiter ausverkauft wurden, pathetisch zur „Einheit“ der Labour Party auf und unterstützte bei den letzten Wahlen den Streikbrecher Kinnock. Während Kinnock & Co. ihren Verrat ganz offen betreiben, geben eine Handvoll „linker“ Labour-Abgeordneter, einschließlich Tony Benn, „moralische Unterstützung“ für den Aufruf, die Steuer nicht zu bezahlen. Die pseudotrotzkistische und krass Labour-loyale Militant Tendenz füllt das Vakuum aus und ist damit zur führenden Kraft in der Anti-Kopfsteuer-Föderation geworden. Aber ihre Perspektive ist es, die massive Unzufriedenheit zu kanalisieren, um die Wahlappetite von Neil Kinnock zu befriedigen: „Die Labour-Führer müssen runter vom Zaun und sich auf die Seite der Massenkampagne zur Zahlungsverweigerung stellen. Sie müssen die Gelegenheit ausnützen — Kampf für eine sofortige allgemeine Wahl und die Rückkehr einer sozialistischen Labour-Regierung.“ (*Militant*, 9. März)

Dies ist charakteristisch für die Pseudo-Linke in Britannien. Die Socialist Workers Party wird jetzt die Trommel für Labour rühren, wie sie es immer macht, wenn es Wahlen gibt. Die Zeitung *Morning Star* der Kommunistischen

Partei verlangt, daß die Thatcher-Regierung zurücktritt und Labour gewählt wird. In ihrer Broschüre zur Kopfsteuer bezeichnen die Zentristen von Workers Power die Labour Party als „eine Partei der Bosse“ und entlarven Kinnocks legalistische Politik, aber dann stellen sie abschließend fest: „Dies [die Politik von Labour] ist ein Geschenk an die Tories. Im Endergebnis wird sie nichts zu einem Labour-Sieg bei den Wahlen beitragen . . .“ Kurz gesagt befürworten sie eine militantere Taktik — nur um Kinnock in Number 10 Downing Street an die Regierung zu bringen. In ähnlicher Weise haben sie bei den letzten Wahlen Kinnocks Kandidatur unterstützt — frisch nach seiner Sabotage des Bergarbeiterstreiks.

Die Labour-Linke und ihre Entschuldiger spielen eine wichtige Rolle dabei, die Arbeiter an die Labour-Politik gefesselt zu halten. Eine revolutionäre Avantgardepartei in Britannien kann nur geschmiedet werden, indem sie die Arbeiterklasse aus dem Würgegriff der Labour Party bricht. Aber dazu braucht man effektive leninistische Taktiken. Die Spaltungen in der britischen Sozialdemokratie einfach als sektiererisch abzutun, ist genauso ein Rezept für Sterilität wie das opportunistische Hinterherlaufen hinter „Linken“ von Labour und Gewerkschaft. Die Spartacist League Britain kämpft dafür, eine wirklich bolschewistische Partei der Arbeiterrevolution zu schmieden, durch die Spaltung der Labour Party, indem sie die proletarische Basis von den prokapitalistischen Führern wegbricht. Vorwärts zu einer Föderation der Arbeiterrepubliken der britischen Inseln, als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

## Stalin/Thälmann ...

Fortsetzung von Seite 9

bedingungslose Unterwerfung unter Stalin. So wurde Thälmann, der damals zusammen mit Fischer-Maslow mit den Linken war (Ulbricht war damals mit den Rechten), 1924 zum Führer der KPD.

### Wer bekämpfte den Faschismus und wer nicht

Um eine richtige proletarische Strategie entwickeln zu können, muß man erstmal verstehen, welche Kräfte im Klassenkampf wirken und welche Möglichkeiten die Partei hat, mit ihren Mitteln der Taktik ihren Einfluß auszuweiten und breitere Schichten der Arbeiterklasse auf ihre Seite in den Kampf um die Macht zu ziehen. Nun gab es die Erfahrung mit dem italienischen Faschismus, und diese Erfahrung wurde auch auf dem Vierten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale analysiert. Der Sache wurde sehr großes Augenmerk gegeben. Die ist also in der Resolution über die Taktik verarbeitet worden, die auf diesem Kongreß angenommen wurde:

„Eine der wichtigsten Aufgaben der kommunistischen Parteien ist die, den Widerstand gegen den internationalen Faschismus zu organisieren, der gesamten Arbeiterschaft im Kampf gegen die Faschistenbanden voranzugehen und auch auf diesem Gebiet die Taktik der Einheitsfront energisch anzuwenden . . .“ („Thesen über die Taktik der Komintern“, IV. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, 1922)

Dazu möchte ich jetzt Ernst Thälmann zitieren aus seiner Rede über die Probleme in der Taktik der KPD:

„Aber noch schlimmer ist die Tatsache, daß sich trotz der Beschlüsse des Plenums, trotz der meisterhaften Klärung dieser Fragen, wie sie vor allem auch im Schlußwort des Genossen Manuilski gegeben wurden, Tendenzen einer liberalen Gegenüberstellung von Faschismus

und bürgerlicher Demokratie, von Hitler-Faschismus und Sozialdemokratie in unseren Reihen gezeigt hat.“ (*Die Internationale*, November/Dezember 1931)

Der Gegensatz ist sehr offensichtlich. Thälmann hat die enorme Bedrohung verschleiert und verkannt, die der Faschismus als eine außerlegale, außerparlamentarische weiße Kampftruppe darstellt, deren Ziel die Zerschlagung und Atomisierung der Arbeiterklasse ist.

Trotzki drückt in dieser Hinsicht die Kontinuität der Kommunistischen Internationale und des Leninismus aus:

„Wenn die Faschisten die Arbeiterklasse zertrümmern, kann von einer Machteroberung durch die Kommunisten keine Rede mehr sein. Die Arbeiterklasse und ihre Organisationen gegen die Faschisten verteidigen heißt für uns: die Möglichkeit sichern, die Arbeiterklasse zu überzeugen und sie für uns zu gewinnen. Darum können wir nur dann zur Macht kommen, wenn wir alle Elemente der Arbeiterdemokratie im Kapitalismus — notfalls mit Waffengewalt — verteidigen.“ (*Gegen den Nationalkommunismus. Lehren des „Roten“ Volkstschheids*, 25. August 1931)

Dieses Zitat von Trotzki ist eine direkte Anwendung der Erfahrungen der Bolschewiki aus dem Kampf für die Oktoberrevolution, insbesondere ihre Erfahrungen im Kampf gegen Kornilow. Lenin hat damals unter anderem auch gegen Stalin betont, daß es keine Unterstützung der provisorischen Regierung geben kann, daß es entscheidend ist, unter der Losung „Alle Macht den Räten!“ zu kämpfen. In dem Moment, als der konterrevolutionäre Kornilow seine Weißen Truppen organisiert hat, um das Petrograder Proletariat niederzuwerfen und zu zerschlagen, hat Lenin gesagt, wir kämpfen Seite an Seite mit Kerenski gegen diese Konterrevolutionäre, um unsere Organisationsbasis zu verteidigen. Aber das bedeutet nicht, daß wir Kerenski unterstützen. Ein feiner, aber wichtiger Unterschied.

[WIRD FORTGESETZT]

# SPARTAKIST

## Bei Thatchers Untergang sorgt Labour für kapitalistisches Elend Britannien: Kopfsteuer-Revolte

*Dieser Artikel ist eine leicht überarbeitete Übersetzung des Workers Hammer-Extrablatts vom 31. März, das von unseren Genossen der Spartacist League of Britain veröffentlicht wurde.*

In Britannien kann man jetzt einen Ausbruch von Massendemonstrationen und Straßenprotesten sehen, die sich gegen die Einführung der extrem hohen und reaktionären Kopfsteuer durch die Thatcher-Regierung richten. Es gibt in Schottland Gegenden, wo beinahe die Hälfte der Bevölkerung die Steuern nicht bezahlt hat. Jetzt sind in England und Wales, wo diese Steuer nun auch erhoben werden soll, Bezirksverordnetenversammlungen, die die Höhe der Steuern festlegen wollten, von wütenden Menschenansammlungen belagert worden. Die Antwort der Regierung war die Mobilisierung von berittener Polizei und Spezialeinheiten; man konnte Szenen sehen, die an den Bergarbeiterstreik vor fünf Jahren erinnerten. Am 31. März protestierten in London 150 000 bis 200 000 Menschen gegen die Kopfsteuer. Wütende Demonstranten steckten eine Baustelle in Brand und die berittene Polizei verletzte reihenweise Demonstranten und hat mindestens 300 Menschen verhaftet. Labour Party Vize Roy Hattersley beschimpfte die Demonstranten als „kopflöse Rowdys“. Und die Hexenjagd gegen linke „Anarchisten und extremistische Elemente“ hat schon begonnen, unter der Beschuldigung, sie seien für die „Gewalt“ am Samstag verantwortlich (*Independent*, 2. April).

Die Größe der Demonstrationen ist ein schlagender Beweis für die Instabilität des Thatcher-Regimes. Hunderttausende haben sich den Anti-Kopfsteuer-Organisationen angeschlossen. Autofahrer in Städten und Gemeinden in Tory-Hochburgen werden von handgemalten Schildern begrüßt mit „Sie betreten eine kopfsteuerfreie Zone“ (*Independent*, 2. April). Es hat Massendemonstrationen und Proteste in Gebieten gegeben, die, wie ein Kommentator formulierte, „wahrscheinlich noch nie eine Demonstration gesehen haben“.

Während das Verbrennen von Thatcher-Puppen populär geworden ist als Symbol der Anti-Kopfsteuerproteste, haben Demonstranten auch lokale Labour-Stadträte ausgebuht, die hohe Kopfsteuerquoten festgesetzt hatten, und von ihnen gefordert: „Brecht das Gesetz, nicht die Armen.“ In Schottland haben örtliche Räte, in denen Labour die Mehrheit hat, schon Hunderttausende von Strafbescheiden gegen Steuerverweigerer verhängt. Und als Thatcher den Demonstranten gegen die Kopfsteuer Gewalttätigkeit vorwarf und diejenigen anprangerte, die als Protest gegen das Gesetz zur Steuerverweigerung aufgerufen haben, antwortete der Vorsitzende der Labour Party Neil Kinnock: „Ich stimme mit allem überein, was Sie eben gesagt haben, wie ich das schon seit langem zum Ausdruck gebracht habe.“ (*Independent*, 9. März)

Die Kopfsteuer ist weder eine Einkommenssteuer noch eine Vermögensabgabe, sondern eine Bestrafung für das bloße Existieren. Alle Erwachsenen des jeweiligen Bezirks müssen den gleichen Steuerbetrag bezahlen, ohne Rücksicht auf Vermögen oder soziale Umstände. Auf diese Weise zahlt ein Millionär, der allein auf einem großen

Anwesen lebt, vielleicht nur ein Zehntel von der Summe, die eine asiatische Großfamilie, die in einer überfüllten Mietwohnung lebt, aufbringen muß. Die Reichen bekommen dicke Steuersenkungen; die relative Steuerbelastung der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung wird im Vergleich zum alten Steuersystem halbiert. Für alle anderen werden die Steuern im Durchschnitt um 50 Prozent ansteigen.

Mit der Umwandlung der Stadtverwaltungen in Steuereintreiber werden diejenigen, die Sozialleistungen am dringendsten brauchen — die Armen, die nicht bezahlen können — sich nicht mehr trauen, diese in Anspruch zu nehmen. In schottischen Städten sind Zehntausende „offiziell verschwunden“, um der Zahlung zu entkommen; was den Zugang zu Sozialleistungen und das Wahlrecht angeht, sind diese „Verschwundenen“ zu Unpersonen geworden. Und diese Steuer, die die Möglichkeiten der Regierung enorm verbessert hat, über jeden Bürger detaillierte Akten zu führen, dient auch als Teil des allgemeinen Angriffs auf elementare demokratische Rechte.

Obszönerweise hat die Bezirksverordnetenversammlung von Westminster, in dem sowohl das Parlament als auch der Buckingham Palast liegen, beschlossen, Gefangenen eine doppelte Steuer aufzuerlegen, indem ihre Wohnungen außerhalb des Gefängnisses als „Zweitwohnsitz“ behandelt werden, als ob sie Landadelige oder Parlamentsabgeordnete wären. In England und Wales kann man wegen Schulden immer noch ins Gefängnis geworfen werden. Das heißt, daß diejenigen, die nicht in der Lage sind, die Steuer zu bezahlen, inhaftiert werden können und dann die doppelte Steuer zahlen müssen! Und in Schottland sind die Gefängnisse schon *de facto* Schuldtürme; rund 50 Prozent der Insassen sind wegen des Nichtbezahlens von Geldstrafen ins Gefängnis geworfen worden.

Es ist keine Überraschung, daß der Bauernaufstand wieder ins Gespräch kommt, der 1380 durch die Einführung einer Kopfsteuer ausgelöst wurde. Eine Kopfsteuervariante im Jahre 1641, die erhoben wurde, um die schottische Armee zu finanzieren, die den Norden Englands besetzt hielt, trug dazu bei, den englischen Bürgerkrieg auszulösen, in dessen Verlauf der Monarch Charles I. von den revolutionären Kräften Cromwells hingerichtet wurde. In den britischen Kolonien wurde die Besteuerung der Hütten dazu benutzt, die Menschen aus dem Ackerbau für den Eigenbedarf in die imperialistische Ausbeutung zu treiben. Nachdem der amerikanische Bürgerkrieg die Sklaverei zerstört hatte, wurden im amerikanischen Süden Kopfsteuern explizit dazu benutzt, die formal emanzipierte schwarze Bevölkerung an der Ausübung ihrer demokratischen Rechte zu hindern. Der unverfrorene Aspekt von „Ausplünderung der Armen und gib es den Reichen“ hat Demonstranten, die gegen die Steuer protestierten, dazu angeregt, eine Ratssitzung in Nottingham in Robin-Hood-Kostümen zu stürmen. Ein verärgertter Tory-Abgeordneter hat zugegeben, daß die Regierung offensichtlich „dem Volk den Krieg erklärt hat“ (*Sunday Times*, 4. März).

*Fortgesetzt auf Seite 13*